

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Günter Seufert

Außenpolitik und Selbstverständnis

Die gesellschaftliche Fundierung von
Strategiewechseln in der Türkei

S 11
Juni 2012
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung (*peer review*). Sie geben ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

- 5 **Problemstellung und Schlussfolgerungen**
- 7 **Der Zusammenbruch des Sicherheitsparadigmas**
- 7 Der außenpolitische Konsens der alten republikanischen Elite
- 7 Versicherheitlichung und politische Gestaltungskraft des Militärs
- 7 Außenpolitische Faktoren für den Zusammenbruch des Sicherheitsparadigmas
- 9 Innenpolitische Faktoren für den Aufbruch des Sicherheitsparadigmas
- 9 Bedrohungsszenarium Religiöse Reaktion
- 10 Bedrohungsszenarium Separatistischer Terrorismus
- 11 **Grünes Kapital: Die Entstehung einer neuen Wirtschaftselite**
- 11 Die kapitalistische Rehabilitierung der Tradition in der Türkei der Jahrtausendwende
- 12 Das grüne Kapital und seine Sicht der Welt
- 12 Die außenpolitische Vision der konservativen Weltsicht
- 14 Die Außenwirtschaftspolitik der konservativen Unternehmerverbände unter der AKP-Regierung
- 18 Die ökonomische Rationalität der neuen Außenwirtschaftspolitik
- 21 **Der Bruch des außenpolitischen Informations- und Definitionsmonopols der bürokratischen Elite**
- 21 Vorläufer ziviler Denkfabriken (Think-Tanks) in den Jahren des Kalten Krieges
- 21 Belebung der Szene mit dem Ende des Kalten Krieges
- 22 Militärischer Gegenwind: Die intellektuelle Aufrüstung der alten außenpolitischen Elite
- 24 Die Think-Tank-Szene heute
- 27 **Einstellungen: Eine neue Normalität**
- 27 Mitgliedschaft in der EU – ein mit Gelassenheit diskutiertes Thema
- 27 Iran, USA und Israel, überraschende Feindbilder, Distanz zum Westen und zur Nato
- 28 Erfolgreiche Außenpolitik: eine starke und unabhängige Türkei
- 30 **Implikationen für die Stellung Europas zur Türkei**
- 32 **Abkürzungen**

*Dr. Günter Seufert ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der
Forschungsgruppe EU-Außenbeziehungen*

**Außenpolitik und Selbstverständnis.
Die gesellschaftliche Fundierung von Strategie-
wechselln in der Türkei**

Noch im Sommer 2011 äußerten sich viele Fachleute in Europa und den USA besorgt über die neue türkische Außenpolitik. Die wiederkehrenden Schlagworte waren »Abkehr vom Westen« und »Neo-Osmanismus«. Auslöser dieser Sorge waren der türkische Ausgleich mit Syrien, das Nein Ankaras zu einer Verschärfung der Sanktionen gegen den Iran im UN-Sicherheitsrat und die rapide Verschlechterung des Verhältnisses mit Israel. Doch noch anderes kam hinzu: Der Ausgleich mit Armenien war ins Stocken geraten, in der Energiepolitik hatte sich Ankara Moskau angenähert und im Hinblick auf Zypern drohte die Türkei damit, nicht länger auf eine Verhandlungslösung zu setzen, sondern auf die internationale Anerkennung des türkischen Staates im Norden der Insel hinzuwirken. Gleichzeitig baute Ankara seine diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den Ländern der islamischen Welt aus, und immer häufiger befließigte sich die türkische Führung einer antiwestlichen Rhetorik. »Wer hat uns um die Türkei gebracht?«, fragte man sich im Westen, und in den USA zeigte man auf Brüssel. Der festgefahrene Beitrittsprozess zur Europäischen Union habe dazu geführt, dass die Türkei sich anderweitig orientiere.

Verglichen mit dieser Stimmung, von der das Jahr 2011 geprägt war, herrscht heute eine vielleicht trügerische Ruhe. Denn die Türkei scheint wieder fest im Westen eingebunden zu sein. Sie nahm nach anfänglichem Zögern an der Intervention in Libyen teil und ist ein Eckstein in der Kooperation der Staaten, die in Syrien auf einen Regimewechsel setzen. In Teheran gilt die Türkei im Frühjahr 2012 als potentieller Gegner. Im Rahmen der Nato-Pläne zum Aufbau einer Raketenabwehr hat Ankara der Stationierung eines Breitbandradars auf seinem Territorium zugestimmt und außerdem den Handel mit Iran gedrosselt. Auch im Irak stehen sich Ankara und Teheran als Konkurrenten gegenüber.

Heißt das, dass die Türkei sich 2012 wieder da befindet, wo sie war, bevor Außenminister Ahmet Davutoğlu die Öffnung seines Landes gegenüber den direkten Nachbarstaaten betrieb? Und: Ist die Neubegründung der strategischen Partnerschaft von Ankara und Washington auch ein Anzeichen dafür,

dass die Türkei sich wieder auf Europa und die Europäische Union ausrichtet? Wenn nicht, wird sich die türkische Regierung zumindest in ihrer Außenpolitik wieder stärker um Abstimmung mit der Europäischen Union bemühen? Oder muss sich die EU trotz der intensiven Kooperation zwischen der türkischen und der US-amerikanischen Regierung auf eine dauerhaft veränderte Türkei einstellen? Muss die EU Abschied von der Vorstellung nehmen, dass der Türkei letztlich doch keine andere Option bleibe als eine Hinwendung nach Europa, trotz der augenblicklichen Probleme Ankaras in der Region, mit Syrien, dem Irak und dem Iran?

Die Antwort wird stark vom Charakter der Neuausrichtung der türkischen Politik abhängen. Ein Blick in die Türkei zeigt, dass die neue Außenpolitik die Folge nicht nur veränderter internationaler Bedingungen wie des Endes des Kalten Krieges, sondern eines gewandelten Selbstverständnisses und einer daraus resultierenden neuen Strategie ist. Im Rahmen der innenpolitischen Machtverhältnisse wurde der Kurswechsel dadurch möglich, dass bislang marginalisierte wirtschaftliche und gesellschaftliche Akteure Einfluss auf die Gestaltung der Außenpolitik gewinnen konnten, eines Feldes, das bis dahin eine Domäne der bürokratischen und militärischen Elite gewesen war. Die wirtschaftlichen Interessen dieser neuen Akteure und ihre Vorstellungen von Staat und Nation sowie von der Identität und der historischen Rolle der Türkei sind für den Wandel des Selbstverständnisses des Landes verantwortlich. Im Einzelnen:

Das Ende des Kalten Krieges hat der Türkei nicht nur eine veränderte Nachbarschaft und damit einen erweiterten außenpolitischen Spielraum beschert. Es hat gleichzeitig den außenpolitischen Konsens der alten Staatselite und ihr Sicherheitsparadigma zu Fall gebracht und damit eine entscheidende Voraussetzung dafür geschaffen, den bis dahin bestehenden Primat der militärisch-bürokratischen Elite über die Außenpolitik zu brechen.

Der Widerstand des türkischen Militärs gegen zentrale Interessen westlicher Politik in der Region – für die Europäische Union die Zypernfrage und für die Vereinigten Staaten der Krieg gegen Saddam Hussein – hat sowohl Brüssel als auch Washington dazu bewogen, in den muslimisch-konservativen Kräften, die seit 2002 die Regierung stellen, potentielle Partner zu sehen. Die EU und die USA verschafften damit einer muslimisch-konservativen Politik außenpolitisch jene Legitimation, die ihr im Rahmen der kemalistischen Ideologie im Inland abgesprochen wurde. Westliche Politik trug so maßgeblich dazu bei, dass Außenpolitik

in der Türkei Sache der gewählten Regierung wurde und damit auch die Schichten Einfluss auf die Außenpolitik gewannen, auf die sich die Regierungspartei stützt.

Eine der wichtigsten Gruppen, die die Regierungspartei tragen, sind die exportorientierten konservativen Unternehmer Anatoliens. Zu den frühen außenpolitischen Theoretikern dieser Wirtschaftsgruppe gehörte in den neunziger Jahren auch der heutige Außenminister Ahmet Davutoğlu, dessen Buch *Strategische Tiefe* als das richtungweisende Werk für die neue Außenpolitik gilt. Doch jenseits aller darin enthaltenen Gelehrsamkeit teilt Davutoğlus Abhandlung grundlegende, zutiefst kulturalistische Perspektiven anderer Vordenker dieses gesellschaftlichen Spektrums.

Die konservative Unternehmerschaft Anatoliens ist der wesentliche Finanzier einer neuen akademischen Elite, die in ihren Bildungsinstitutionen, in Massenmedien, aber auch in neu entstandenen Think-Tanks eine zum Kemalismus alternative Weltansicht formuliert und popularisiert. Heute ist das frühere Wissens- und Deutungsmonopol der kemalistischen bürokratischen Elite über die Außenpolitik gebrochen und hat sich in diesem Feld ein neuer Mainstream des Denkens entwickelt, der bereits von Davutoğlus Thesen ausgeht und die entsprechenden Perspektiven unablässig reproduziert.

Die neue Außenpolitik der Türkei erschöpft sich deshalb weder in einer geänderten Außenwirtschaftsstrategie noch ist sie ausschließlich von einer spezifischen Ideologie der jetzigen Regierung bestimmt. Sie ist die Folge eines unumkehrbaren Prozesses, in dessen Verlauf eine neue ökonomische Elite neuen politischen und akademischen Eliten, mit denen sie weltanschaulich aufs Engste verbunden ist, zum Durchbruch verhalf, und sich die Selbstwahrnehmung von Staat und Gesellschaft grundlegend gewandelt hat.

Die Auswechselung der politischen Elite und die Integration großer konservativer Gruppen in die wirtschaftliche und die akademische Elite haben in der Bevölkerung zu einer neuen Normalität in der Wahrnehmung des Landes und seiner außenpolitischen Orientierung geführt. Heute sehen nicht nur die Regierung und ihr Außenminister Ahmet Davutoğlu die Türkei als das potentielle politische und wirtschaftliche Zentrum ihrer Region, sondern die Mehrheit der Bürger hat sich mit diesem Bild vom eigenen Land angefreundet. Dies hat für die Stellung der Türkei gegenüber Europa viel nachhaltigere Folgen als für ihr Verhältnis zu den USA.

Der Zusammenbruch des Sicherheitsparadigmas

Der außenpolitische Konsens der alten republikanischen Elite

Der außenpolitische Konsens der alten Elite der Republik hatte sich – ungeachtet ihrer jeweiligen Gewichtung in verschiedenen Perioden – um drei Axiome gerankt:¹ Erstens nahm die Türkei ihre nahöstliche und nordafrikanische Nachbarschaft als Regionen wahr, zu denen es zwar starke historische und religiöse Bindungen gab, die aber von Instabilitäten und von Stagnation gekennzeichnet und deshalb tendenziell beunruhigend waren. Zweitens orientierte sich die Türkei aus diesem Grund, aber auch wegen ihrer direkten Nähe zu einer als bedrohlich empfundenen Sowjetunion ideologisch und strategisch auf den Westen. Drittens herrschte die Vorstellung, die seit dem späten Osmanischen Reich von Separatismus und Territorialverlust geprägte jüngere Geschichte der Türkei sei möglicherweise noch gar nicht abgeschlossen und Gefahren wie Separatismus (insbesondere in den mehrheitlich kurdisch besiedelten Provinzen) und Staatszerfall bestünden fort.

Versicherheitlichung und politische Gestaltungskraft des Militärs

All dies legte es nahe, der militärischen Sicherheit den Primat zuzuweisen, was wiederum die bestimmende Gestaltungskraft der Militärs auf die Außenpolitik erklärte und rechtfertigte. Eine kontroverse parteipolitische Diskussion über Alternativen der außenpolitischen Konzeption fand nicht statt, und das Parlament hatte nur geringen Einfluss auf Weichenstellungen in diesem Politikfeld. Außenpolitik war in der Türkei Sache »des Staates«, sprich der militärischen und zivilen Bürokratie, und nicht »der Regierung«, die auch als »Parteienregierung« bezeichnet wurde und deren Minister die Ministerialbürokratie nur teilweise in der Hand hatten. Diese Unterschei-

dung ist in der türkischen politischen Diskussion fest verankert und hat bis in die allerjüngste Zeit hinein die Verhältnisse treffend beschrieben.²

Beispiele dafür, dass weitreichende außenpolitische Entscheidungen unabhängig von der Stimmung in der Bevölkerung gefällt werden konnten, sind die Anerkennung Israels (durch die Türkei als erstes muslimisches Land 1949), die aktive militärische Beteiligung am Korea-Krieg (1950–53), der Beitritt zur Nato (1952), die Nichtanerkennung der algerischen Exilregierung (1958), die Anerkennung der Republik Armenien (1991) und die enge militärische Zusammenarbeit mit Israel (ab 1996). Die zuletzt genannte Annäherung an Israel wurde während der Regierungszeit des islamistischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan, der sich einer radikalen antiisraelischen Rhetorik befleißigte, vom damaligen Generalstabschef İsmail Hakkı Karadayı eingeleitet.³ In den Monaten danach ging die engere Kooperation mit Israel Hand in Hand mit der allmählichen Verdrängung der Regierung Erbakan durch die Generäle aus dem Amt.

Dieses System geriet nach dem Ende des Kalten Krieges in eine tiefe Krise. Gründe dafür waren Umbrüche in der direkten Nachbarschaft der Türkei, ein rapides Sinken des Ansehens des Militärs in der westlichen Welt, die wachsende Anfechtung des militärbürokratischen Wissens- und Definitionsmonopols über außenpolitische Fragestellungen sowie die Etablierung neuer Akteure in der Außenpolitik.

Außenpolitische Faktoren für den Zusammenbruch des Sicherheitsparadigmas

Das Ende des Kalten Krieges bescherte der Türkei die Möglichkeit, ihre Beziehungen zu den USA und zu den Staaten der Europäischen Union zunehmend selbst zu gestalten, was alsbald in einer Schwächung des Militärs und seiner Vorrangstellung in der Außenpolitik

¹ Serhat Güvenc, *Seeking Influence in Foreign Policy-Making: Turkey's Experiment with Think-Tanks*, 2009, S. 2–3
<http://khas.academia.edu/SerhatGuvenc/Papers/320350/Seeking_Influence_on_Foreign_Policy-Making_Turkeys_Experiment_with_Think-Tanks> (Zugriff 18.7.2011).

² Semih İdiz, »Public Opinion as a Determinant of the New Turkish Foreign Policy«, in: *Südosteuropa-Mitteilungen*, 50 (2010) 6, S. 40–45.

³ M. Hakan Yavuz, »Turkish-Israeli Relations through the Lens of the Turkish Identity Debate«, in: *Journal of Palestine Studies*, 27 (Herbst 1997) 1, S. 27.

münden sollte. Ein Meilenstein in dieser Entwicklung war der Streit innerhalb der westlichen Staaten über den Krieg gegen den Irak Saddam Husseins. Die Haltung Frankreichs und Deutschlands, die auf ein UN-Mandat bestanden, gab jenen Teilen der türkischen Gesellschaft, die den Krieg ebenfalls ablehnten, Rückhalt und rechtfertigte gewissermaßen die bis dahin unbekannte Einmischung ziviler Kräfte in die Außenpolitik. Auch der Handlungsspielraum der Türkei als Staat gegenüber den USA wurde durch den Zwist im westlichen Lager größer. Die militärisch-bürokratische Elite lehnte den Krieg ab, weil sie fürchtete, das Bündnis der USA mit den Kurden im Nordirak werde nach dem Sturz Husseins zur Etablierung eines kurdischen Staates im Nachbarland führen. Das türkische Militär sah in jedem Schritt, der die Kurden einem eigenen Staat im Nahen Osten näherbrachte, einen Beitrag zur Förderung des kurdischen Separatismus im eigenen Land. Tiefes Misstrauen von Seiten der Armee und des republikanischen Establishments den USA gegenüber war der Grund dafür, dass die dem Militär nahestehende Fraktion der Republikanischen Volkspartei (CHP) die Vorlage der AKP-Regierung ablehnte, die es den USA erlaubt hätte, von türkischem Gebiet aus eine zweite Front gegen den Irak zu eröffnen. Der Sprecher der CHP Önder Sav bezeichnete US-amerikanische Kriegsschiffe in türkischen Häfen als »feindliche Schiffe«. ⁴ Der Generalstab, der in jenen Jahren regelmäßig mit »Empfehlungen«, »Mahnungen«, und offenen Drohungen an die Öffentlichkeit trat, verweigerte sich kurz vor der Abstimmung dem Wunsch der AKP-Regierung, die Abgeordneten zur Zustimmung der Vorlage aufzurufen. Dieser »Verrat« des türkischen Militärs hatte nachhaltige Auswirkungen auf dessen Ansehen in den USA. ⁵

Auch mit der EU lag das Militär im Streit. Außenpolitisch gingen die Vorstellungen vor allen Dingen in der Zypernfrage auseinander. Die Militärführung postulierte die Unverzichtbarkeit des »natürlichen Flugzeugträgers« Nordzypern für die Wahrung der Sicherheit der Türkei. Innenpolitisch sah sie sich mit Forderungen der EU nach einer politischen Kontrolle der Streitkräfte konfrontiert. Im Militär konnten sich deshalb in jenen Jahren Kräfte wie Tuncer Kilinç durchsetzen. Der damalige Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats vertrat die Ansicht, der

Westen und die Türkei verfolgten gegensätzliche strategische Interessen. Kilinç forderte erst eine neue Allianz seines Landes mit Russland und dem Iran und später den Austritt aus der Nato. ⁶

Damit war die türkische Militärführung sowohl für die Europäische Union als auch für die USA zu einem Hindernis geworden. Das Sicherheitsparadigma und seine Ideologie, der Kemalismus, die jahrzehntelang die Westorientierung vorgegeben hatten, hatten sich binnen kurzem als dysfunktional erwiesen. Die AKP-Führung und Erdoğan versprachen dagegen Demokratisierung, unterstützten den Annan-Plan für Zypern und arbeiteten mit den USA gegen Saddam Hussein zusammen. Das brachte der Partei auf dem internationalen Parkett die Legitimation ein, die ihr innenpolitisch abging. Schließlich war die AKP erst 2001 gegründet worden und hatte erst 2002 die Regierung übernommen. Mehr noch: Maß man die Partei an den politischen Parametern der republikanischen Türkei, so beraubte sie allein schon die islamistische Vergangenheit ihrer führenden Kader um den Großteil ihrer Legitimität. Im Machtgefüge der Türkei war die Ministerriege um Recep Tayyip Erdoğan gewissermaßen eine Regierung auf Abruf, die per Parteiverbotsverfahren oder über eine entschlossene Opposition des Militärs jederzeit aus dem Amt gedrängt werden konnte. Der internationale Rückenwind verhinderte indes, dass Pläne für einen Staatsstreich, die seit dem Regierungsantritt der AKP in den Schubladen lagen, hervorgeholt und umgesetzt wurden. Nur die Konflikte des Militärs und des republikanischen Establishments mit dem Westen in Gestalt der USA und der Europäischen Union ermöglichten es der AKP, den Primat der bürokratischen Elite über die Außenpolitik zu brechen. Erdoğan konnte sich in der Zypernfrage durchsetzen und in Nordzypern auf die Annahme des Annan-Plans dringen. Erstmals in der Geschichte der Republik Türkei war eine (Zivil)Regierung imstande, ihren außenpolitischen Kurs gegen die Generäle zur Geltung zu bringen. Mit Hilfe des Westens wurde so die entscheidende Bresche in die Domäne der Bürokratie geschlagen, die Außenpolitik zu gestalten, ein Vorrecht, das bis dahin Garant für die Westanbindung der Türkei gewesen war.

⁴ Zitiert nach <www.turkcebilgi.com/1_mart_tezkeresi/anskilopedi> (Zugriff 8.3.2011).

⁵ Soli Özel u.a., *Rebuilding a Partnership: Turkish-American Relations for a New Era*, Istanbul: TÜSIAD, 2009, S. 43.

⁶ Zitiert nach ebd., S. 31.

Innenpolitische Faktoren für den Aufbruch des Sicherheitsparadigmas

Wegen des exzeptionellen Vorrangs des Sicherheitsparadigmas standen nicht nur die Außenpolitik, sondern auch weite Bereiche der Innenpolitik unter der Vorherrschaft der Sicherheitselite im Militär und im Außenamt. In deren Denken verbanden sich die äußeren Gefährdungen des Staates zutiefst mit inneren Bedrohungen. Nichts zeigt dies deutlicher als das »Nationale Sicherheitsdokument«, das auch als die »Geheime Verfassung« der Türkei bezeichnet wird. In seiner Version von 2006 führt das Dokument, wie schon in vorhergehenden Ausgaben, »separatistischen Terrorismus« und »religiöse Reaktion« als die beiden hauptsächlichen innenpolitischen Risiken an. In beiden Fällen wurden die Forderungen von breiten Teilen der Bevölkerung mit äußeren Gefährdungen verbunden. So galt das Streben der türkischen Kurden nach kulturellen Rechten als erster Schritt zur Gründung eines grenzübergreifenden Kurdistan, das die territoriale Integrität der Türkei in Frage stellen würde. Und das Beharren breiter Kreise der türkischen Bevölkerung auf einem konservativen Lebensstil wurde auf den politischen Einfluss des Iran in der Türkei zurückgeführt. Auf diese Weise wurden Kurden und Konservative, große gesellschaftliche Gruppen, zur Gefahr für die Republik erklärt, die man als den Staat einer rein türkischen und verwestlichten Nation verstand, womit der zentrale Inhalt der kemalistischen Staatsideologie umschrieben ist. Staatsideologie und Sicherheitsparadigma wiesen so den Generälen nicht nur in der Außenpolitik, sondern auch in der Innenpolitik die entscheidende Rolle zu.

Das »Nationale Sicherheitsdokument« fixierte die inneren und äußeren Bedrohungen. Es wurde bis zur aktuellen Fassung vom Juli 2010 vom Generalstabschef vorbereitet. Seine endgültige Form erhielt es durch den Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats, ein Posten, der stets von ranghohen Angehörigen des Militärs besetzt wurde.⁷ Die Generäle konnten damals mit Fug und Recht erwarten, das von ihnen ausgearbeitete Papier werde vom Ministerpräsidenten ohne Einsprüche unterzeichnet und für den weiten Kreis der Sicherheitsfragen als Grundlage des Regierungshandelns akzeptiert. Erst im Oktober

2010 gelang es der Regierung, die Fortschreibung des Dokuments an sich zu ziehen.⁸

Bedrohungsszenarium Religiöse Reaktion

Mit dem Begriff »Religiöse Reaktion« waren jene gesellschaftlichen Kräfte als Sicherheitsrisiko qualifiziert worden, auf die sich in den neunziger Jahren die islamistische Wohlfahrtspartei (RP) gestützt hatte und die heute einen gewichtigen Teil der AKP-Wählerschaft ausmachen. Doch anders als der Chef der Wohlfahrtspartei Necmettin Erbakan pflegte Erdoğan einen wirtschaftsliberalen Diskurs, der immer wieder auch kulturelle Freiheiten betonte und dank dessen sich seine Wählerbasis stetig vergrößerte. Erbakans Partei hatte auf dem Höhepunkt ihrer Macht 1995 landesweit nur etwa ein Fünftel aller Stimmen (21,4 %) erhalten. Ganz anders die AKP: Sie gewann die Wahlen 2002 mit 34,2 Prozent. Mit einem Memorandum versuchte das Militär im Jahr 2007 die Wahl Abdullah Güls zum Staatspräsidenten zu verhindern. Die daraufhin vorgezogenen Neuwahlen gewann Erdoğans Partei mit 47 Prozent. 2008 entging die AKP nur knapp einem Parteiverbotsverfahren, doch bei den nächsten Wahlen von 2011 errang sie gar 49,9 Prozent. Die außerparlamentarischen Interventionen des Militärs und der hohen Richterschaft in die Politik lösten somit eine Eigendynamik aus: Immer größere Teile der Wählerschaft fühlten sich von diesen Eingriffen brüskiert und solidarisierten sich mit der Regierungspartei.

Ein Weiteres kam hinzu: Enthüllungen, die nur direkt aus den Planungszentren der Armee stammen konnten, machten deutlich, dass höchste Kreise innerhalb des Militärs bereits direkt nach der Bildung der ersten AKP-Regierung 2002 die Schwächung der Regierungspartei und die Kriminalisierung religiöser Gemeinschaften (allen voran der Bewegung um den Prediger Fethullah Gülen) betrieben hatten. Mit Hilfe von Undercover-Operationen, so der Plan, sollten die Spannungen und Konflikte zwischen religio- und ethno-politischen Lagern wie Sunniten/Aleviten, Türken/Kurden, Muslimen/Nichtmuslimen verschärft werden. Durch die Aufdeckung dieser Strategie in den sogenannten Ergenekon-Prozessen büßte das Militär zuerst seine Stellung als ein legitimer politischer Akteur ein. Später wurde die Macht des Militärs direkt gebrochen. Die Generäle verloren ihre strafrechtliche

⁷ Hale Akay, *Security Sector in Turkey. Questions, Problems, and Solutions*, Istanbul: Turkish Economic and Social Studies Foundation (TESEV), 2009, S. 12f.

⁸ Taraf, 28.10.2010 und 6.7.2011.

Immunität. Im August 2011 saßen 46 und damit 15 Prozent aller Generäle wegen des Vorwurfs der Putschvorbereitung in Untersuchungshaft.⁹ Im selben Monat traten das erste Mal in der Geschichte der Republik die Oberbefehlshaber aller Waffengattungen zusammen mit dem Chef des Generalstabs aus Protest gegen die Regierung geschlossen zurück. Aber diese saß mittlerweile fest im Sattel und konnte umgehend Nachfolger ernennen. Im April 2012 begann der Prozess gegen die noch lebenden Anführer des Staatsstreichs vom 12. September 1980. Die unblutige Intervention des Militärs von Februar 1997 und das letzte Memorandum der Generäle vom April 2007 sind ebenfalls bei Gericht anhängig. Die frühere Vormundschaft des Militärs über die zivile Regierung ist heute weitgehend gebrochen, aber noch ist Letztere nur teilweise in der Lage, die Machtverhältnisse innerhalb der Armee zu bestimmen.

Bedrohungsszenarium Separatistischer Terrorismus

Im Sprachgebrauch der »Geheimen Verfassung« war mit »Separatistischer Terrorismus« das Kurdenproblem gemeint. Anfang der neunziger Jahre hatten die USA und ihre Verbündeten im Zuge des zweiten Golfkriegs die Operation »Provide Comfort« zum Schutz der irakischen Kurden vor Saddam Hussein durchgeführt. Der Kurdenkonflikt hatte damit eine internationale Dimension erhalten. In der Türkei hatten die Vorgänge dem Militär Gelegenheit gegeben, seine herausgehobene Rolle in dieser Angelegenheit nochmals zu betonen. Auf Druck der Generäle hatte die damalige, schwache Koalitionsregierung dem Parlament empfohlen, dem Nationalen Sicherheitsrat, einem von Militärs dominierten Organ, die Regie über die Einsätze gegen die PKK zu übertragen, die die von den Alliierten geschaffene und den Soldaten Saddam Husseins nicht mehr zugängliche Schutzzone im Nordirak als Rückzugsgebiet nutzten.¹⁰ Damit war die Option, den Kurdenkonflikt mit den Mitteln ziviler Politik zu lösen, für viele Jahre verbaut. Erst als die AKP-Regierung über ihre guten Verbindungen zu den westlichen Staaten ihre Macht auf Kosten der Sicher-

heitselite ausweitete, konnte sie eine eigenständige Kurdenpolitik betreiben. Gesellschaftliche Entwicklungen wirkten in dieselbe Richtung. Nach 28 Jahren Krieg gegen die PKK hatte sich in der türkischen Bevölkerung Kriegsmüdigkeit breit gemacht. Auch wurde das Militär jetzt beschuldigt, kein wirkliches Interesse an einem Ende des Kriegs zu haben, da dieser die politische Macht der Generäle immer neu zementierte und einzelne unter ihnen sogar von der Vermittlung von Waffenkäufen und von Rauschgiftgeschäften profitierten.¹¹

Hatten in früheren Meinungsumfragen jeweils circa 90 Prozent dem Militär ihr Vertrauen ausgesprochen, verlor es Anfang 2010 seinen Rang als vertrauenswürdigste Institution, und die Rate sank auf 63 Prozent.¹² Nutznießer dieser Entwicklung war die zivile Politik, allen voran die Regierung und die sie tragende politische Partei.

Mit dem Machtzuwachs der Regierung und ihrer Stärkung gegenüber dem kemalistischen Establishment aus Militär, Justiz und Bürokratie gewannen zwangsläufig auch jene gesellschaftlichen Schichten, auf die sich die Regierungspartei stützte, Einfluss auf die Außenpolitik. Fortan reichte es nicht mehr aus, dass der außenpolitische Kurs mit den Präferenzen einer militärisch-bürokratischen Elite kompatibel war. Jetzt musste er die Interessen weiterer gesellschaftlicher Kreise widerspiegeln.

⁹ Nachrichtenportal *Kirpihaber*, <www.kirpihaber.com/askeridavalar/generallerin-yuzde-15i-tutuklu-h24011.html> (Zugriff 17.10.2011).

¹⁰ Vgl. Gencer Özcan, »Facing its Waterloo in Diplomacy: Turkey's Military in the Foreign Policy-Making Process«, in: *New Perspectives on Turkey*, 40 (2009), S. 91–92.

¹¹ Ekrem Pakdemirli in *Taraf*, 27.7.2011, Avni Özgürel in *Taraf*, 20.10.2008.

¹² *Taraf*, 25.1.2010. Exakt der gleiche Wert wurde 2011 in einer Untersuchung der Kadir Has University gemessen, vgl. *Radikal*, 18.1.2012.

Grünes Kapital: Die Entstehung einer neuen Wirtschaftselite

Die kapitalistische Rehabilitierung der Tradition in der Türkei der Jahrtausendwende

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre veränderten sich im Zuge der Globalisierung auch in der Türkei die Bedingungen für industrielle Produktion. Die universellen Symptome dieser Entwicklung waren eine mannigfache Diversifizierung der Produkte, ein Trend zur schlanken Produktion, eine zunehmende internationale Vernetzung der Wirtschaft sowie die schrittweise Deregulierung der Märkte durch staatliche Autoritäten. In den Branchen und Regionen, in denen sich diese neuen, flexibleren Formen der Produktion durchsetzten, hängt die soziale Sicherheit der Arbeitskräfte weniger von deren politischer und gewerkschaftlicher Repräsentation ab als von sozialen Netzwerken, die entweder – wie Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen – traditioneller Natur sind oder – wie religiöse und ethnische Gemeinschaften – auf vormodernen Identitäten ruhen.¹³ In einem solchen kulturellen Umfeld wird die Wirtschafts- und Sozialorganisation der Gesellschaft anders aufgefasst als in den etablierten Industrieländern. Die spezifische »Moderne«, die sich unter derartigen Bedingungen herausbildet, präsentiert sich nicht als eine Kombination aus staatlich geförderten Großunternehmen, Gewerkschaften, sozialstaatlichen Mechanismen, Säkularismus und transnational standardisierten Lebensformen. In einer alternativen Moderne haben auch kleine und mittlere Produktionsstätten ihren Platz. Deren Beschäftigte sind zwar in internationale Austauschbeziehungen integriert, sie leben jedoch gleichzeitig im Einklang mit ihrer kulturellen Tradition (Familie, Herkunft, Religion) und orientieren sich an ihr.

Die türkische Spielart dieses generellen Phänomens sind die kleinen und mittleren Betriebe, die seit Ende der achtziger Jahre in den konservativen Städten Anatoliens in großer Zahl entstanden sind, sich schnell auf den Export ausrichteten und durch außergewöhn-

liche Wachstumsraten auf sich aufmerksam machten. Ihre Beschäftigten kommen aus dem beschriebenen sozialmoralischen Milieu, ihre jüngeren Führungskräfte verkörpern eine erfolgreiche Vereinigung von Traditionalität und Globalität.

Das Selbstbewusstsein dieser neuen konservativen anatolischen Unternehmerschicht war von Beginn an dadurch verstärkt worden, dass der türkische Staat seine dem Gemeininteresse verpflichtete regulierende und planerische Aufgabe nur ähnlich mittelmäßig erfüllt hatte wie das türkische Big Business seine Rolle als Schrittmacher der industriellen Produktion. Denn bis in die achtziger Jahre hinein war es der türkischen Wirtschaft weder gelungen, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden, noch in nennenswertem Umfang weitere Kreise der türkischen Gesellschaft in die industrielle Produktion oder in einen modernen Dienstleistungssektor einzubinden, um auf diese Weise im Land annähernd egalitäre Lebensverhältnisse herzustellen.

Trotz dieses nur bescheidenen Erfolgs der alten Wirtschaftselite floss noch in den neunziger Jahren der weit überwiegende Anteil staatlicher Unterstützung für die Privatwirtschaft in Form von Export- und Investitionsförderung an die Großunternehmen und in die fünf am stärksten entwickelten Provinzen, in denen das Big Business in der Regel seinen Sitz hatte.¹⁴ Diese Politik stand im Dienste der Bestrebungen, eine türkisch-muslimische Großindustrie zu etablieren, ein Vorhaben, das schon mit der gezielten Enteignung des nichtmuslimischen Handels- und Manufakturkapitals des späten Osmanischen Reiches und der frühen Republik begonnen hatte. Die Abhängigkeit der jungen republikanisch-türkischen Unternehmerschaft von Staatsaufträgen, Infrastrukturmaßnahmen, Schutzzöllen und direkter Förderung ging mit einer innigen Verflechtung der einheimischen Bourgeoisie mit den säkularen bürokratischen Eliten einher.¹⁵ Die großen Wirtschaftskrisen der Türkei von 1958/59 und 1978/79 lösten Staatsstrieche des Militärs aus, in deren Folge

¹³ Vgl. dazu und zum Folgenden: Ayşe Buğra, *Islam in Economic Organizations*, Istanbul: TESEV, 1999, S. 11–15, und Sebnem Gumuscu, *Economic Liberalization, Devout Bourgeoisie and Change in Political Islam*, Florenz: European University Institute, 2008 (RSCAS Working Papers 19/2008).

¹⁴ Murat Kaldırım, »Türkiye’de özel sektöre devlet teşviklerinin katkısı« [Die Rolle staatlicher Förderung für den privaten Sektor], in: *Çerçeve*, November 1998, S. 64–72 (71–70).

¹⁵ Vgl. Ayşe Buğra, *State and Business in Modern Turkey*, New York: SUNY Press, 1994.

sich die allgemein- und wirtschaftspolitische Entscheidungsmacht in den Händen der Bürokratie weiter verfestigte.¹⁶ Seit seinen Anfängen in den frühen siebziger Jahren hat sich der parteipolitische Islamismus deshalb als politische Vertretung des grünen Kapitals, das heißt der konservativen Händler und Kleinunternehmer Anatoliens, verstanden, deren Interessen gegen die des großen Kapitals in Istanbul und in anderen Industriezentren im Westen des Landes durchgesetzt werden sollten.

Das grüne Kapital und seine Sicht der Welt

Am 5. Mai 1990 riefen die konservativen Geschäftsleute mit dem Unabhängigen Industriellen- und Unternehmerverband (MÜSİAD) ihre eigene Interessenvertretung ins Leben. Sie waren jahrzehntelang des religiösen Fatalismus, der Rückständigkeit und allgemein der reflexhaften Abwehr der Moderne bezichtigt worden. Jetzt waren sie in der Lage, die religiöse Tradition und ihr eigenes sozialkonservatives Milieu als einen positiven Wirtschaftsfaktor darzustellen. Wie in den aufstrebenden Ökonomien Asiens, so hieß es im Verband, profitiere nun auch die Türkei von einer spezifischen Sozialstruktur. Engmaschige Netzwerke zwischen hocheffektiven kleinen und mittleren Betrieben würden sowohl für Konkurrenz als auch für Flexibilität und Solidarität sorgen. Die Einbindung des Arbeiters in kulturell definierte Solidargemeinschaften stärke den gesellschaftlichen Zusammenhalt und senke gleichzeitig die Produktionskosten. Eine solchermaßen für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft nützliche Lebensform könne in der Türkei nur der Islam mit seiner konservativen Sozialmoral bereitstellen. Die fromme Elite Anatoliens hatte die vom Staat erzwungene Verwestlichung und Säkularisierung stets abgelehnt. Jetzt wurde die europäische Moderne allgemein als fremd, ausschließlich zweckrational und religionsfeindlich definiert. Dieser Moderne stellten die konservativen Unternehmer den Entwurf einer kulturell monistischen Gesellschaft gegenüber, in der Konflikte schon deshalb nicht ausbrechen, weil sich ihre Mitglieder einer gemeinsamen Mission verpflichtet fühlen. Eine dank religiöser und kultureller Solidarität sowohl stabile als auch dynamische Nation formt sich einen wirtschaft-

¹⁶ Ziya Önis, »Crises and Transformations in Turkish Political Economy«, in: *Turkish Policy Quarterly*, 9 (Herbst 2010) 3, S. 49ff.

lich, politisch und militärisch starken Staat, der nicht länger vom Westen abhängig ist.¹⁷

Die außenpolitische Vision der konservativen Weltsicht

Die Ausarbeitung einer dieser Weltsicht entsprechenden außenpolitischen Vision war das Werk einer Gruppe von Akademikern, unter ihnen der jetzige Außenminister Ahmet Davutoğlu, dem heute das Konzept allein zugeschrieben wird. Zwar stach Davutoğlu schon damals durch sein breites historisches Wissen und die Inanspruchnahme von Ansätzen der politischen Wissenschaften hervor, doch die Grundlinien seines Denkens teilte er mit vielen anderen Akademikern des konservativen Spektrums. Bereits 1996, fünf Jahre vor dem Erscheinen seines vielbeachteten Buches *Strategische Tiefe: Die internationale Stellung der Türkei*¹⁸ stellten er und seine Kollegen in verschiedenen Ausgaben der Zeitschrift des Verbands MÜSİAD Überlegungen für eine neue Außenpolitik an. Als wichtiges Element einer muslimisch-türkischen Nation und als bestimmender Akteur im Wirtschaftsleben spielte die konservative Unternehmerschaft in diesen Entwürfen eine zentrale Rolle. Die Außen- und die Innenpolitik der kemalistischen Elite wurden als unvereinbar mit der Identität des muslimischen Volkes und als Bedrohung für den Bestand des Staates beschrieben. Außen- und Innenpolitik bildeten deshalb zwei Seiten einer Medaille. So schrieb beispielsweise Mustafa Özel, Vordenker MÜSİADs: »Wenn die Türkei als politische Entität überleben will, muss sie [...] 1. ihre innenpolitische Einheit bewahren, 2. Wirtschaftswachstum in großem Stil realisieren und 3. die Fähigkeit entwickeln, [außenpolitisch, Anm. d. Verf.] aus ihrer kulturellen Geographie Nutzen zu ziehen.«¹⁹

Die *Bewahrung der innenpolitischen Einheit* der Türkei kann nach Özel nicht durch eine »vom Westen importierte Ideologie« erreicht werden, sondern nur durch »eine echte Verbindung mit dem Islam, der die

¹⁷ Erol Yazar, »21. yüzyıla girerken dünyaya ve Türkiye'ye yeni bir bakış« [Ein neuer Blick auf die Welt und die Türkei kurz vor dem 21. Jahrhundert], in: *Çerçeve*, Mai–Juni 1996, S. 32–34.

¹⁸ Ahmet Davutoğlu, *Stratejik derinlik: Türkiye'nin uluslararası konumu*, Istanbul 2001.

¹⁹ Mustafa Özel, »Yirmibirinci yüzyıla girerken dünya sistemi ve Türkiye« [Das Weltsystem und die Türkei zu Beginn des Neuen Jahrtausends], in: *Çerçeve*, Mai–Juni 1996, S. 54–61 (59).

Hauptquelle unserer Weltanschauung ist.«²⁰ Und Ahmet Davutoğlu äußerte sich zur gleichen Frage, ebenfalls in der Verbandszeitschrift, wie folgt: »Das Oktroyieren von ausschließlich einer Identität [der europäisch-säkularen, Anm. d. Verf.] läuft in der Innenpolitik auf die Verhinderung von Pluralismus und die Zurückweisung jeglicher alternativen Orientierung hinaus. In der Außenpolitik geht mit ihr die Verfolgung einer einseitig [auf den Westen, Anm. d. Verf.] orientierten Strategie einher.«²¹ Um die säkularistisch-autoritäre Herrschaft zu überwinden, betrachteten es alle Theoretiker als unerlässlich, die Türkei und ihre (muslimische) Umgebung zu demokratisieren.

Hinsichtlich der *Unverzichtbarkeit wirtschaftlicher Entwicklung* und der zentralen Rolle konservativer Unternehmer beklagte Mustafa Özel, dass sich die republikanischen Holdings trotz aller staatlichen Förderung nur zu 2 Prozent dem Weltmarkt geöffnet hätten. Es gelte daher, die Klein- und Mittelbetriebe des konservativen Unternehmerverbands zu fördern, die sich auf den Export konzentrieren.²² Der bekannte Ökonom Sabahaddin Zaim forderte bereits in jenen Tagen, die Zollgrenzen zwischen den muslimischen Ländern niederzureißen und die wechselseitige Visumpflicht aufzuheben.²³

Bei allen damals in der Zeitschrift des Verbands zu Wort gekommenen Autoren findet sich eine offensive *Betonung der religiösen (Islam), ethnischen (Türkentum) und historischen (Osmanentum) Dimensionen der eigenen Identität*. Letztere wiederum sei Grund dafür, dass sich die Türkei ihren direkten Nachbarregionen zuwenden und ihrer Berufung als vom Westen unabhängige Regionalmacht gerecht werden müsse. So sehr sich die Autoren in der Bevorzugung bestimmter Nachbar-schaftsregionen, mit denen die Türkei ihre Beziehungen intensivieren müsse, unterschieden, so sehr waren sie sich einig in der Zurückweisung einer einseitigen Ausrichtung ihres Landes auf die Europäische Union. Dabei erhielt die Distanzierung von der EU einen langfristigen und strategischen Charakter, während

das Verhältnis zu den USA das Ergebnis jeweils taktischer Überlegungen sein sollte. Özels Traumpartner waren in jenen Jahren Japan und China, die beide vom Westen erniedrigt worden seien. Der Wirtschaftswissenschaftler entwarf die Vision einer »Union der Seidenstraße«, die nicht nur die Staaten Zentralasiens, sondern auch Indonesien und Malaysia einschließen sollte.²⁴ Seinem Fachkollegen Zaim zufolge weist die Geschichte der Türkei die Aufgabe zu, Verantwortung für die nach dem Ende des Kalten Krieges erneut auf die politische Bühne getretene »islamische Welt des Nordens« zu übernehmen. Zaim bezieht sich dabei auf die muslimischen Gruppen des Balkans und die neuen zentralasiatischen Staaten. Innerhalb der »islamischen Welt des Südens«, also des Nahen Ostens, müsse die Türkei ihre Position ausbauen.²⁵ Davutoğlu begründete die seiner Ansicht nach angemessene Außenpolitik der Türkei mit historisch-analytischen Überlegungen, die freilich zu genau demselben Befund eines tiefen Gegensatzes zwischen der Türkei und Europa führten, den die anderen konservativen Akademiker statuierten. Historisch gesehen, so Davutoğlu, habe die Türkei weder einen Anteil an der Entstehung des heutigen Weltsystems noch gehöre sie zur Gruppe der Länder, die im Zuge dieses Prozesses kolonialisiert worden seien. Die Geschichte der Türkei sei vielmehr davon geprägt, »dass das Osmanische Reich die politische Struktur der einzigen Zivilisation gewesen ist, die es vermochte, ihre Herrschaft direkt gegen Europa zu errichten.«²⁶

Die Vorstellung von den Osmanen als Schutzmacht der muslimischen Völker gegen Europa und als Bollwerk der islamischen Zivilisation gegen den Westen ist ein fester Topos im Geschichtsverständnis religiös-konservativer Kreise der Türkei. Zwar leitete Davutoğlu den europäisch-osmanischen Gegensatz aus modernisierungstheoretischen und kolonialhistorischen Erkenntnissen sowie aus Reflexionen über die Entstehung des modernen Weltsystems ab.²⁷ Doch all diese Ansätze hatten letztlich keinen Einfluss auf sein natio-

20 Ebd.

21 Ahmet Davutoğlu, »21. yüzyıla girerken Türkiye'nin uluslararası konumu« [Die internationale Stellung der Türkei zu Beginn der 21. Jahrhunderts], in: *Çerçeve*, Mai–Juni 1996, S. 62–74 (68).

22 M. Özel, »Yirmibirini yüzyıla girerken dünya sistemi ve Türkiye« [wie Fn. 19], S. 59.

23 Sabahaddin Zaim, »Türkiye'nin Türk ve İslam dünyasıyla iktisadî münasebetleri« [Die Wirtschaftsbeziehungen der Türkei zur türkischen und islamischen Welt], *Çerçeve*, Januar–April 1996, S. 66–76 (69).

24 M. Özel, »Yirmibirini yüzyıla girerken dünya sistemi ve Türkiye« [wie Fn. 19], S. 61.

25 Zaim, »Türkiye'nin Türk ve İslam dünyasıyla iktisadî münasebetleri« [wie Fn. 23], S. 66.

26 Davutoğlu, »21. yüzyıla girerken Türkiye'nin uluslararası konumu« [wie Fn. 21], S. 62.

27 Ganz ähnlich auch in ders., »Türkiye'nin dış ilişkiler stratejisi açısından Yedinci Beş Yıllık Kalkınma Planı« [Der 7. Fünfjahresentwicklungsplan aus der Perspektive der türkischen Außenwirtschaftspolitik], in: *Çerçeve*, Januar–April 1996, S. 77–79 (77).

nal-romantisches Geschichtsverständnis und auf seine Überzeugung, dass es das Schicksal der Türken bzw. des Staates Türkei ist, mit Europa in einer grundsätzlich konfliktvollen Beziehung zu stehen. Die nach-osmanisch-republikanische Orientierung der Türkei auf den Westen erscheint dementsprechend als das Ergebnis europäischer Vorherrschaft²⁸ sowie als eine nur vorübergehende Abirrung von einer von der Geschichte vorgegebenen Entwicklungslinie. In diesem großen Entwurf von der weltgeschichtlichen Mission der Türkei gibt es keinen Platz für die Bevorzugung einer bestimmten Region in der Nachbarschaft. In Davutoğlus geopolitischem Tableau firmiert die Türkei als Zentrum inmitten einer riesigen eurasisch-afrikanischen Landmasse.²⁹

Einmal in MÜSİAD organisiert, bemühte sich das konservative Unternehmertum darum, »eine Änderung der traditionell pro-westlichen Ausrichtung der türkischen Außenpolitik«³⁰ und eine Annäherung an die muslimischen Länder zu erreichen. Im August 1996 ermöglichte MÜSİAD anatolischen Unternehmern erstmals, mit Regierungschef Erbakan auf Auslandsreise zu gehen. Man besuchte den Iran, Pakistan, Malaysia, Indonesien und Singapur.³¹ Es war nur der Auftakt einer Kette von offiziellen Reisen in die islamische Welt und Asien unter Beteiligung von MÜSİAD-Delegationen.³² 1994 versuchte ein Bericht des Verbands mit dem Titel *Economic Cooperation Among Islamic Countries*³³ die muslimischen Staaten von der Notwendigkeit verstärkter wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu überzeugen. 1997 schien man diesem Ziel einen großen Schritt nähergekommen zu sein. Auf Initiative und unter der Schirmherrschaft des damaligen Premierministers Erbakan konstituierten sich am 15. Juni 1997 in Istanbul die Developing Eight (D8):³⁴ Acht Länder mit überwiegend muslimischer Bevölkerung kündigten eine enge Kooperation auf wirtschaftlichem und technologischem Gebiet an.

28 Davutoğlu, »21. yüzyıla girerken Türkiye'nin uluslararası konumu« [wie Fn. 21], S. 64.

29 Vgl. Heinz Kramer, *Die neue Außenpolitik-Konzeption der Türkei. Mögliche Konsequenzen für den EU-Beitrittsprozess*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010 (SWP-Aktuell 3/2010).

30 Buğra, *State and Business in Modern Turkey* [wie Fn. 15], S. 59.

31 MÜSİAD-Bericht Nr. 18/1996 <www.musiad.org.tr/detayArYay.aspx?id=167> (Zugriff 29.1.2012).

32 Verschiedene Berichte unter <www.musiad.org.tr> (Zugriff 29.1.2012).

33 MÜSİAD-Bericht 8/1994 <www.musiad.org.tr/detayArYay.aspx?id=15> (Zugriff 29.1.2012).

34 Mitglieder sind Bangladesch, Ägypten, Indonesien, der Iran, Malaysia, Nigeria, Pakistan und die Türkei.

Erbakan stellte die Formierung der D8 als den ersten Schritt zur Herstellung der islamischen Einheit und zur »Gründung einer neuen Welt« dar.³⁵ Doch weil das türkische Militär die Regierung Erbakan – primär aufgrund ihrer Außenpolitik – nur einen Monat später zum Rücktritt zwang, blieb der Zusammenschluss trotz einer Reihe von Gipfeltreffen weitgehend ergebnislos. Ein neuer Anlauf konnte erst Anfang 2009, mehr als elf Jahre später, unternommen werden. Am 20. Februar 2009 unterzeichnete die AKP-Regierung mit den übrigen D8-Mitgliedern einen Vertrag, der die Etablierung eines ständigen Sekretariats der Organisation in Istanbul vorsah.³⁶

Die Außenwirtschaftspolitik der konservativen Unternehmerverbände unter der AKP-Regierung

Dass die AKP an der Erbakanschen D8-Initiative festhielt und sie weiterentwickelte, ist kein Zufall. Gerade was das Verhältnis zu MÜSİAD betrifft, besteht eine große Kontinuität von der Wohlfahrtspartei zur Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei und von Erbakan zu Erdoğan. In Anatolien stützten sich die Parteiorgane der AKP in der Anfangsphase personell und organisatorisch auf die Netzwerke MÜSİADs.³⁷ Nach der Gründung der Partei 2001 war es in den meisten Fällen der Industriellenverband, der die Auslandsreisen der AKP-Funktionäre organisierte, und nach dem Regierungsantritt der AKP übernahm der Verband diese Funktion allmählich auch für Arbeitsbesuche und Regierungskonsultationen, die davor vom halbamtlichen Außenwirtschaftsforum (DEİK) vorbereitet worden waren.³⁸ Tatsächlich vermochte es die AKP-Führung nach dem Verbot der Wohlfahrtspartei und der darauffolgenden Spaltung der pro-islamischen Bewegung, das grüne Kapital für sich zu gewinnen. So sehr die konservativen Unternehmer sich Erbakan in Sachen Kultur und Identität nahe

35 Vgl. <www.youtube.com/watch?v=gA2f5WaH-YQ> (Zugriff 29.1.2012).

36 »Milletlerarası Andlaşma« [Internationales Abkommen] in *Resmi Gazete* [Amtsblatt], 16.2.2001, <www.resmigazete.gov.tr/eskiler/2011/02/20110216-2.htm> (Zugriff 29.1.2012).

37 Sebnem Gumuscu/Deniz Sert, »The Power of the Devout Bourgeoisie. The Case of the Justice and Development Party in Turkey«, in: *Middle Eastern Studies*, 45 (November 2009) 6, S. 953–968.

38 Özlem Tür, »Economic Relations with the Middle East under the AKP«, in: *Turkish Studies*, 12 (2011) 4, S. 591.

gefühlte hatten, so sehr lehnten sie sein staatszentriertes Wirtschaftsmodell ab.³⁹ Dass sich die AKP mit einem proeuropäischen Kurs in der Außenpolitik und mit demokratischen Reformen der Unterstützung des westlichen Auslands gegen die alte Elite versicherte, führte indessen nicht zu einer grundlegenden Korrektur der langfristigen außenpolitischen Visionen des Verbands.

2010 ist Mustafa Özel noch immer Vordenker MÜSİADs, und nach wie vor betrachtet er die Integration der Türkei in ihre Region und die Anbindung der Nachbarstaaten an die Politik Ankaras als die einzig erfolgversprechende Orientierung für das Land. Nach Özel müssen die Türken prinzipiell andere Wege gehen als die Europäer, gerade dann, wenn sie ein ähnliches Ziel erreichen wollen. Den europäischen Nationen sei es über die EU gelungen, die identitären, politischen und wirtschaftlichen Begrenzungen des Nationalstaats zu überwinden, ohne dass die nationalen Identitäten der einzelnen Staaten Schaden genommen hätten. Für Türken, Kurden und Araber sei dieses Modell nicht geeignet, denn die kulturelle (konfessionelle/ethnische) Pluralität ihrer Bevölkerungen kollidiere mit der den Nationalstaaten eigenen Vorstellung von kultureller Homogenität. Um die Staaten der Region als politische Einheiten zu erhalten und gleichzeitig ihre Begrenzungen zu überwinden, müssten sich Türken, Kurden und Araber ihrer gemeinsamen Geschichte und ihrer gemeinsamen Zivilisation erinnern.⁴⁰ Für die Türkei als den zentralen Staat dieser Zivilisation bedeute dies, dass sie weit in die Region ausgreifen müsse, wenn sie nicht untergehen wolle. Denn die Zulassung innerer Pluralität verlange die Verankerung in der Nachbarschaft und sei gleichzeitig die Voraussetzung für sie.⁴¹ »Die Zukunft liegt in unseren Wurzeln« bringt ein anderer im Verband geachteter Ökonom diese Vorstellung auf den Punkt.⁴² So hat sich in MÜSİAD die Vision von der Türkei als eines politischen und wirtschaftlichen Zentrums im Nahen Osten, kurzum als einer Regio-

nalmacht, erhalten. Noch 2010 wird in der Zeitschrift des Verbands *Çerçeve* das Osmanische Reich als ein Imperium verklärt, das für alle seine Einwohner rechtliche Gleichheit und Gerechtigkeit garantiert und wirtschaftliche Ausbeutung verhindert habe.⁴³ Die Umbrüche in der arabischen Welt werden als Chance gesehen, »die Vereinigung der Türkei mit dem Nahen Osten voranzutreiben«, die Türkei zum stärksten Land der Region und zum Leuchtturm für die dort lebenden Intellektuellen zu machen.⁴⁴ Gleichzeitig jedoch ist man sich bewusst, dass die europäischen Märkte für die nächsten zehn Jahre für den türkischen Export von primärer Bedeutung bleiben werden. Und anders als in den neunziger Jahren kommen heute im Verbandsorgan auch Autoren zu Wort, die die Notwendigkeit der Zusammenarbeit Ankaras mit der Nato unterstreichen und den Standpunkt vertreten, dass die Fortführung der Beitrittsverhandlungen mit der EU für die Demokratisierung der Türkei und für ihr außenpolitisches Ansehen von großer Bedeutung sind.⁴⁵ Die Konsolidierung der Herrschaft einer muslimisch-konservativen Partei hat entscheidend dazu beigetragen, dass Reformen im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses nicht mehr als Gefährdung für die Identität des Landes gelten.

Ähnlich wie der Verband argumentiert heute auch sein früherer Theoretiker Ahmet Davutoğlu, seit der ersten AKP-Regierung 2002 Chefberater des Ministerpräsidenten in auswärtigen Angelegenheiten und seit Mai 2009 Außenminister. Auch Davutoğlu hält an seiner außenpolitischen Vision im Wesentlichen nach wie vor fest, aber auch bei ihm sind die expliziten Frontstellungen – innenpolitisch gegen die Kemalisten und außenpolitisch gegen Europa – sehr in den Hintergrund getreten. Sein vielbeachtetes, im Jahr 2001 erschienenes Werk *Strategische Tiefe* ist aus derselben Perspektive geschrieben wie die Aufsätze, die er Mitte der neunziger Jahre in der Zeitschrift MÜSİADs

39 Vgl. Günter Seufert, *Neue pro-islamische Parteien in der Türkei*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002 (SWP-Studie 6/2002), S. 32.

40 Mustafa Özel, »Merkez ülke yükseliyor« [Der zentrale Staat wächst empor], in: MÜSİAD, *Yükselen Değer Türkiye: Turkey the Rising Star*, Istanbul 2010, S. 85–97 (96).

41 Ebd., S. 97.

42 İbrahim Öztürk, »Yeni bir dünyanın eşeğinde Türkiye'nin konumu« [Die Lage der Türkei an der Schwelle zu einer neuen Welt], in: MÜSİAD, *Yükselen Değer Türkiye* [wie Fn. 40], S. 283–300 (288 und 290).

43 Nevzat Yalçıntaş, »Osmanlı bağrına basan topraklara müstemleke ekonomisi davranışlarında bulunmadı« [Die Osmanen haben in den Ländern, deren sie sich annahmen, keine Kolonialwirtschaft betrieben], in: *Çerçeve*, Dezember 2011, S. 62–67.

44 Oytun Orhan, »Arap baharı ve Türkiye« [Die Türkei und der arabische Frühling], in: *Çerçeve*, Dezember 2011, S. 22–26 (26).

45 Yaşar Yakış, »Arap baharı ve Türkiye« [Die Türkei und der arabische Frühling], in: *Çerçeve*, Dezember 2011, S. 114–123 (121), und Mesut Özcan, »Arap baharı ve Türkiye'nin orta doğu politikası« [Der arabische Frühling und die Nahost-Politik der Türkei], in: *Çerçeve*, Dezember 2011, S. 124–128 (127–128).

veröffentlicht hat. Das gilt für die These eines kulturell begründeten und in der jahrhundertelangen konfrontativen Auseinandersetzung mit Europa historisch gewachsenen Identität der Türken. Und es gilt für die These, die Oktroyierung einer säkular-westlichen Identität auf die Bevölkerung sei außenpolitisch mit der Unterordnung unter fremde politische Parameter einhergegangen. Beide politisch-kulturellen Entfremdungen ließen sich nur gemeinsam und gleichzeitig revidieren, und ebendies sei notwendig, damit die Türkei zu ihrer eigentlichen Identität zurückfindet. Bei der Referierung dieser Themen hat Davutoğlu in seinem Standardwerk in weiten Passagen seine früher für den konservativen Unternehmerverband formulierten Positionen wörtlich übernommen.⁴⁶

Die Beitrittspolitik zur Europäischen Union ist vor diesem Hintergrund eine ambivalente Angelegenheit: Denn einerseits verfestigt sie die Europäisierung der Türkei und damit die fremdkulturellen Parameter, mit deren Hilfe die kemalistische Elite dem frommen Volk die gleichberechtigte politische Mitsprache verweigert hat. Mehr noch, Davutoğlu behauptet, Reformforderungen der EU würden nirgendwo so sehr als Wiederkehr eines ausländischen Hegemonieanspruchs wahrgenommen wie in der Türkei, dem einzigen Beitrittskandidaten, der seine moderne Staatlichkeit gegen Besatzungsmächte aus Europa erkämpft habe.⁴⁷ Andererseits jedoch dränge Brüssel auf Demokratisierung und eröffne damit den bislang ausgegrenzten Schichten Chancen auf mehr politische Beteiligung. Doch positiv sei dieser Einfluss nur, wenn die von der EU ausgelösten Veränderungen mit den politischen Bestrebungen einer Bevölkerung im Einklang stünden, die stark in kulturellen Parametern, nämlich türkisch-muslimisch, definiert werden.⁴⁸ Aus diesem Zwiespalt ergibt sich eine Politik, die primär darauf gerichtet ist, in Wirtschaft und Kultur das vermeintlich Eigene zu stärken, jedoch gleichzeitig ein Bewusstsein davon hat, dass die Verbindung mit der Europäischen Union konkreten Nutzen mit sich bringen kann.

Ein Beispiel für diese Haltung ist Ahmet Davutoğlus Beitrag in einer bereits zitierten Veröffentlichung MÜSIADS. Unter dem Titel *Turkey the Rising Star*, legte der Unternehmerverband 2010 eine außenwirtschafts-politische Erfolgsbilanz seines Wirkens vor.⁴⁹ Dort bezeichnet der Außenminister die Vollmitgliedschaft

⁴⁶ Davutoğlu, *Stratejik derinlik* [wie Fn. 18], S. 66 und S. 91–92.

⁴⁷ Ebd., S. 515.

⁴⁸ Ebd., S. 517.

⁴⁹ MÜSIAD, *Yükselen Değer Türkiye: Turkey the Rising Star*, Istanbul 2010.

in der EU zwar als ein zentrales Ziel seiner Politik, doch an seiner ursprünglichen außenpolitischen Vision hält er unverändert fest: Ihr zufolge steigt die Türkei zum entscheidenden Gestalter der Verhältnisse in ihrer Umgebung und auch global zu einem richtungsweisenden Akteur auf. Schritte dahin sind die Etablierung einer Freihandelszone rund um Anatolien und die Ausweitung des Handels mit den Nachbarländern, der heute bereits ein Drittel des Handelsvolumens der Türkei ausmacht.⁵⁰

Der Bericht zeigt auch, wie staatliche Institutionen und auf Anregung der Regierung gegründete nicht-staatliche Organisationen (NGOs) bei der Realisierung dieser Vision zusammenarbeiten. Dem Ständigen Komitee für die Koordination von Wirtschaft und Handel der Organisation der Islamischen Konferenz (COMCEC), dessen Vorsitzender qua Amt der türkische Staatspräsident ist, wird im Bericht eine entscheidende Rolle beim Ausbau des innerislamischen Handels zugewiesen.⁵¹ Das türkische Amt für Entwicklungshilfe (TİKA) konzentriert seine Projekte zum allergrößten Teil auf Länder der islamischen Welt und fördert dort primär muslimisch-türkische Gruppen.⁵² Mit Unterstützung der Regierung in Ankara formierten sich 2005 circa 200 NGOs, die meisten davon aus der Türkei, zur Union of NGOs of the Islamic World (İSDB/UNIWI).⁵³ Ihr Generalsekretär Necmi Sadıkoğlu ist überzeugt: »Die Türkei ist die Kraft, die die Islamische Welt vereint.«⁵⁴

Doch MÜSIAD ist nicht die einzige AKP-nahe Wirtschaftsvereinigung. Die im Vergleich zu Erbakans Wohlfahrtspartei moderate Politik der AKP ermöglichte es ihr, neue, zusätzliche Wählerschichten zu

⁵⁰ Ahmet Davutoğlu, »Daha güçlü bir Türkiye« [Eine stärkere Türkei], in: MÜSIAD, *Yükselen Değer Türkiye* [wie Fn. 49], S. 33–40 (39f).

⁵¹ Zur COMCEC siehe die Homepage <www.comcec.org/EN/default.aspx> (Zugriff 2.2.2012). Vgl. auch Kahraman Arslan, »İslam ülkeleri arasındaki ekonomik ilişkilerinin geliştirilmesinde Türkiye'nin rolü ve önemi« [Die Rolle und Bedeutung der Türkei beim Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den islamischen Ländern], in: MÜSIAD, *Yükselen Değer Türkiye* [wie Fn. 49], S. 301–308.

⁵² Musa Kulaklıkaya, »Yükselen donör ülke Türkiye ve TİKA'nın Türkiye kalkınma yardımlarında rolü« [Die Türkei als aufsteigendes Geberland und die Rolle TİKAs in der Entwicklungshilfe der Türkei], in: MÜSIAD, *Yükselen Değer Türkiye* [wie Fn. 49], S. 73–83.

⁵³ Gegründet per Ministerratsbeschluss <<http://idsb.org.en>> (Zugriff 31.1.2012).

⁵⁴ Necmi Sadıkoğlu, »Türkiye İslam dünyasının birleştirici gücüdür«, in: MÜSIAD, *Yükselen Değer Türkiye* [wie Fn. 49], S. 99–107.

gewinnen. Die Ausweitung ihrer gesellschaftlichen Basis gelang der Partei auch im Hinblick auf das Unternehmertum. 2005 gründete sich der Dachverband der Unternehmer und Industriellenvereine der Türkei (TUSKON), der seither in enger Abstimmung mit der AKP-Regierung agiert.⁵⁵ TUSKON unterstützte die Regierung in zentralen Fragen wie dem Referendum zur Verfassungsänderung vom September 2010. Premierminister Erdoğan bedankte sich dafür, indem er auf einer TUSKON-Veranstaltung die Mitglieder des Verbands dafür lobte, dass sie ihr Geld auf eine von der islamischen Religion gebilligte Weise (*helal*) verdienen, ein Seitenhieb auf das in der Republik durch staatliche Förderung gepöppelte säkulare Großkapital.

TUSKON ist jedoch mehr als eine der Regierung nahestehende Unternehmervereinigung. Der Verband ging aus dem Zusammenschluss von Industriellenorganisationen der Regionen Marmara, Ägäis und Westliche Schwarzmeerküste, Schwarzmeerküste, Zentralanatolien, Östliches Mittelmeer sowie Süd-Ost-Anatolien hervor, die ihrerseits auf lokalen Assoziationen ruhen. Damit ist TUSKON eine unternehmerische Graswurzelbewegung und hat – im Unterschied zu den Arbeitgeberverbänden TÜSIAD⁵⁶ und MÜSIAD – Zehntausende von Mitgliedern.⁵⁷ Diese große Mitgliederzahl steht einer explizit ideologischen Ausrichtung des Verbands im Wege. Bei TUSKON spricht man denn auch nicht über Religion und die Gebote des Islam, sondern ausschließlich von den Interessen der Gesellschaft und des Landes, von gleichen bürgerlichen Rechten und von Chancengleichheit.

Diese Kombination aus zur Schau getragener Neutralität und gleichzeitiger konsequenter Politik an der Seite der AKP-Regierung ist seit einigen Jahren auch das Kennzeichen der Bewegung *Hizmet* (Dienst [an Gott und der Gesellschaft, Anm. d. Verf.]). Dieses Netzwerk um den Prediger Fethullah Gülen gilt als die größte zivilgesellschaftliche Bewegung im türkischen Islam.⁵⁸ Der explizit islamistischen Bewegung Erbakans stand die Gülen-Bewegung in den neunziger Jahren ablehnend bis feindselig gegenüber. Heute jedoch unterstützt das Netzwerk die AKP-Regierung landesweit über seine Medien und regional insbeson-

dere in der mehrheitlich von Kurden besiedelten Region. Auch andere Anzeichen sprechen für eine enge Verbindung der Bewegung um Fethullah Gülen mit TUSKON. Da ist die intensive Kooperation des Unternehmerverbands mit Akademikern der Istanbuler Fatih-Universität, dem akademischen und intellektuellen Flaggschiffs des Gülen-Netzwerks. Da ist das gezielt eingesetzte Lob ausländischer Gäste TUSKONS für die »türkischen Schulen«, das sich auf die Bildungseinrichtungen des Gülen-Netzwerks bezieht. Und da ist der Hinweis der Wirtschaftsvereinigung auf die Nützlichkeit dieser Schulen für türkische Unternehmer, die sich auf neuen Märkten über Land und Leute informieren und Kontakte anbahnen wollen.

Tatsächlich sind konservative Inhaber kleiner und mittlerer Firmen das finanzielle Rückgrat auch des Gülen-Netzwerks. Dessen Hauptengagement gilt dem Bildungssektor. Eine unüberschaubare Zahl privater Primar- und Sekundarschulen im In- und Ausland und einige Universitäten werden dem Netzwerk zugerechnet. Erkennungsmerkmale dieser Bildungseinrichtungen sind die Festlegung auf Englisch als primäre Unterrichtssprache, auf Türkisch als Pflichtfach auch der Schulen im Ausland, eine starke Konzentration auf die naturwissenschaftlichen Fächer und eine umfassende Betreuung der Schüler und Studenten in dem sanften Bestreben, sie zur Übernahme einer religiös-konservativen Moralität und Ethik zu bewegen. Die Ausrichtung der Schulen spiegelt damit die Lebenswirklichkeit ihrer Sponsoren wider: So wie sich die konservativen Unternehmer zur Eroberung von Exportmärkten modernste Produktions- und Kommunikationstechnik aneignen und doch fromme Türken bleiben wollen, so sollen die Schüler der von ihnen finanzierten Lehranstalten sich sprachlich und methodisch der Welt öffnen und gleichzeitig eine starke muslimisch-türkische Identität und eine sozialkonservative Moralität ausbilden.

Heute spricht man von über 1000 Schulen des Gülen-Netzwerks außerhalb der Türkei in circa 120 Ländern. Die Schulen haben schon Mitte der neunziger Jahre, lange vor dem Machtantritt der AKP, die Aufmerksamkeit auf sich gezogen,⁵⁹ was zeigt, dass es sich bei ihnen und ihren Aktivitäten nicht einfach um zivilgesellschaftliche Instrumente der seit 2002 amtierenden Regierung handelt, sondern dass eher von einem Einfluss des Netzwerks auf die Politik der AKP

55 Gespräch mit Mustafa Özel am 14.12.2010 in Istanbul.

56 Der Verband der säkularen Großunternehmer.

57 Siehe <www.tuskon.org> (Zugriff 6.1.2011).

58 Yavuz Çobanoğlu, *Altın nesli'nin peşinde: Fethullah Gülen'de toplum devlet, ahlak otorite* [Für eine Goldene Generation: Gesellschaft, Staat, Sittlichkeit und Autorität bei Fethullah Gülen], Istanbul 2012.

59 Şahin Alp, »Fethullah Hoca'nın okul imparatorluğu« [Das Schulimperium von Hodscha Fethullah], Serie in der Tageszeitung *Milliyet* vom 1. bis 5.11.1996.

bzw. von einer gemeinsamen Vision von Bewegung und Partei gesprochen werden muss.

TUSKONs erste Großaktion, die Anbahnung der »Wirtschaftsbrücke Türkei-Afrika«, eine breit angelegte Zusammenkunft türkischer und afrikanischer Unternehmer, fand im Jahr 2006 statt, das von der Erdoğan-Regierung als das Jahr Afrikas ausgerufen worden war. Der Event ging Ende 2011 in seine siebte Runde. Auch sonst sind die Kampagnen der Regierung und der Unternehmervereinigung eng miteinander abgestimmt. Im Dezember 2010 rief TUSKON die »Wirtschaftsbrücke Türkei und Naher Osten« ins Leben, sofort nachdem das »Levant Business Forum« zwischen der Türkei, Syrien, Jordanien und dem Libanon gegründet worden war. Andere Wirtschaftsbrücken schlug TUSKON nach Eurasien (die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR) und zu den Staaten im Pazifikraum, China und Indien. So wie es bei Fethullah Gülen und seinem Netzwerk keine Begrenzung der Bildungsaktivitäten auf muslimische Länder und Bevölkerungen gibt, so fördert TUSKON die Erschließung von Märkten für türkische Produkte weltweit. 2023, zum hundertsten Jahrestag der Republikgründung, will der türkische Premierminister Erdoğan sein Land unter den zehn größten Industrienationen wissen. TUSKONs Vorsitzender Rızanur Meral verspricht ihm für das Erreichen dieses Ziels »die Schaffung von 40 000 neuen [türkischen, Anm. d. Verf.] Exporteuren«. ⁶⁰ TUSKONs scheinbar unerschöpfliche Dynamik hat den Verband neben MÜSİAD zu einem der Hauptakteure in der auf die Diversifizierung der Absatzmärkte gerichteten Außenhandelspolitik der AKP gemacht. ⁶¹ Mit seiner großen Mitgliederzahl von über 33 000 Firmen und seiner moderaten Rhetorik steht TUSKON gleichzeitig für einen neuen politischen Mainstream, der nicht explizit europakritisch ist, sich aber mit Davutoğlu hinsichtlich der Notwendigkeit einer stärkeren Unabhängigkeit der Türkei und der Vision von einer zentralen Rolle der Türkei in ihrer Region einig ist.

⁶⁰ Zitert nach Tür, »Economic Relations with the Middle East« [wie Fn. 38], S. 600.

⁶¹ Öniş, »Crises and Transformation in Turkish Political Economy« [wie Fn. 16], S. 57; Shahin Vallée, »Turkey's Economic and Financial Diplomacy«, in: *Turkish Policy Quarterly*, 9 (Winter 2010) 4, S. 71.

Die ökonomische Rationalität der neuen Außenwirtschaftspolitik

MÜSİAD und TUSKON stehen für die Verbreiterung und die damit einhergehende regionale und ideologische Diversifizierung des türkischen Unternehmertums, das früher ausschließlich im Westen des Landes angesiedelt und republikanisch orientiert war. Die Entwicklung wird anhand folgender Zahlen deutlich: Im Jahre 2000 waren circa 25 000 türkische Firmen im Export tätig, nur 4 der 81 Provinzen des Landes führten jährlich Waren im Werte von über einer Milliarde US-Dollar aus, und nur 3055 türkische Firmen exportierten Waren im Werte von mindestens einer Million US-Dollar pro Jahr. 2009 lag die Zahl der türkischen Exportfirmen bei circa 45 000, 11 Provinzen konnten eine Ausfuhr im Wert von über einer Milliarde US-Dollar verzeichnen, und die Zahl der Firmen, die jährlich Waren im Werte von mindestens einer Million exportierten, belief sich nun auf 8817. ⁶² Im selben Jahr trugen kleine und mittlere Betriebe mit einem Anteil von 58,8 Prozent die Hauptlast des türkischen Exports. ⁶³

Eine für den Export so wichtige Gruppe muss zwangsläufig Einfluss auf die Außenpolitik gewinnen – auch ohne die geschilderte ideologische Nähe der konservativen Unternehmerverbände zur Regierung. Bereits die bloße Existenz einer auf den Außenhandel orientierten Unternehmerschaft und ihrer Verbände ist eine für die Türkei neue Situation. Denn die etablierten Sprachrohre der Unternehmerschaft, die Assoziation der Türkischen Börsen und Handelskammern (TOBB) und der Verband türkischer Industrieller und Unternehmer (TÜSİAD) waren lange einseitig auf den Inlandsmarkt fixiert, den der Staat durch hohe Einfuhrzölle von ausländischer Konkurrenz abschottete. ⁶⁴

Wirtschaftsdaten untermauern den Nutzen, den die neue politische Standortbestimmung der Türkei für den Außenhandel hat. Zwar sind die entwickelten Länder als Handelspartner noch immer essentiell für die türkische Wirtschaft, doch ihre Bedeutung nimmt ständig ab. So betrug der Anteil der OECD-Staaten am

⁶² Außenminister Zafer Çağlayan, »Son 10 yılda dış ticaretimizde yaşanan gelişmeler«, [Entwicklung unseres Außenhandels in den letzten 10 Jahren] in: MÜSİAD, *Yükselen Değer Türkiye* [wie Fn. 49], S. 199–206.

⁶³ Türkiye İstatistik Kurumu [Statistisches Amt der Türkei], *Haber Bülteni* [Pressemitteilung], Nr. 7, 11.1.2011.

⁶⁴ Altay Atlı, *Businessmen and Turkey's Foreign Policy*, Paris: International Policy and Leadership Institute, Oktober 2011 (Policy Brief Series), S. 3.

Außenhandel der Türkei 1999 noch 71 Prozent. 2010 war er auf 50 Prozent gefallen.⁶⁵ Für den EU-Markt ergibt sich ein weniger krasses, aber in der Tendenz ähnliches Bild. Im Jahr 2000 lieferte die Türkei 56,4 Prozent ihrer Ausfuhren in Mitgliedstaaten der Union. 2009 waren es nur noch 46 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg die Quote afrikanischer Länder am türkischen Export von 5 auf 10 Prozent, die asiatischer Länder von 14 auf 25,4 Prozent und die der nahöstlichen Länder von 9,3 auf 18,8 Prozent.⁶⁶ Die von MÜSİAD-Autoren stets besonders berücksichtigten Staaten der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) konnten ihren Anteil an den türkischen Ausfuhren ebenfalls deutlich steigern. 2000 entfielen 12,9 Prozent des türkischen Exports auf OIC-Mitglieder, 2009 waren es bereits 28 Prozent.⁶⁷ Für einige Länder und Regionen sei der Anstieg beispielhaft in absoluten Zahlen genannt. Mit dem Iran erhöhte sich der Warenaustausch der Türkei zwischen 2000 und 2010 von 1,2 auf 5,4 Milliarden US-Dollar, mit Russland von 5,1 auf 22,7 Milliarden US-Dollar, mit Syrien von 773 Millionen auf 1,8 Milliarden US-Dollar und mit den Staaten Lateinamerikas von 735 Millionen auf 4,0 Milliarden US-Dollar.⁶⁸ Seit 2009 gehören die USA nicht mehr zu den fünf größten Exportzielen der Türkei, der Irak zählt jetzt dazu. Die Finanzkrise hat diesen Trend noch verschärft. Vor der Krise entfielen 60 Prozent des Wachstums im türkischen Export auf die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas. Während der Krise schrumpften primär die europäischen Märkte, und danach waren der Nahe Osten und Asien diejenigen Regionen, die als Exportmärkte am stärksten zur Erholung der türkischen Wirtschaft beitrugen.⁶⁹

Nur vor diesem Hintergrund werden die hohen Wachstumszahlen der türkischen Wirtschaft in den vergangenen Jahren verständlich. Der Umfang des türkischen Außenhandels stieg von 2000 auf 2009 um 195 Prozent und der Export um 268 Prozent.⁷⁰ Die

Türkei fühlt sich deshalb heute zu Recht als wirtschaftliches Schwergewicht in der Region. Zahlen der Weltbank zufolge entsprach das türkische Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2008 mit einer Höhe von 800 Milliarden US-Dollar mehr als der Hälfte des gemeinsamen BIPs der Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas einschließlich Saudi-Arabiens, des Irans und Israels.⁷¹ »Eine Zone des Wohlstands im Herzen des Nahen Ostens« wolle die Türkei mit der wirtschaftlichen Integration Syriens, Jordaniens und des Libanon errichten, sagte im August 2010 Handelsminister Zafer Çağlayan und verwies darauf, dass die Türkei nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) 82 Prozent des addierten BIPs der vier Länder erwirtschaftete.⁷²

Die außenwirtschaftliche Öffnung zur Region hat sich auch als erfolgreiches Rezept für die Entschärfung des chronischen Entwicklungsunterschieds zwischen den produktiven und wohlhabenden Provinzen im Westen und den unproduktiven und zurückgeblieben Provinzen des mehrheitlich kurdisch besiedelten Ostens der Türkei erweisen. Zum Ausmaß dieses Gaps: 2007 hatten die Werte des Human Development Index (HDI) für Istanbul und seine östliche Nachbarprovinz Kocaeli bei 0.857 bzw. 0.869 und damit auf der Höhe der Werte für Italien und die Tschechische Republik gelegen. Die Indizes für die mehrheitlich kurdisch besiedelten Provinzen Bitlis, Muş, Ağrı und Şırnak im Osten des Landes hatten sich dagegen um die Werte für Indien bewegt: 0.579.⁷³ Die wirtschaftliche Öffnung gegenüber der Region hat den Export in den östlichen Provinzen Mardin und Hakkari von 2007 bis 2010 um rund 80 Prozent, in Urfa und Diyarbakir um über 100 Prozent und in Şırnak um circa 120 Prozent ansteigen lassen. Im selben Zeitraum verringerte sich die Arbeitslosigkeit in Urfa von 17 auf 12,4 Prozent, in Mardin von 17 auf 9,1 Prozent und in Şırnak von 22,1 auf 11,2 Prozent.⁷⁴ Für die Exportwirtschaft der gesamten Türkei gilt, dass seit der Krise von 2008 die Provinzen, deren Unternehmen sich am stärksten auf Aus-

65 Soner Çağaptay, *Op-Chart: Turkey's Changing World*, 30.1.2012, <www.washingtoninstitute.org/templateC06.php?CID=1812> (Zugriff 6.2.2012).

66 Alle Angaben nach Çağlayan, »Son 10 yılda dış ticaretimizde yaşanan gelişmeler« [wie Fn. 62], S. 204.

67 Ekmeleddin İhsanoğlu, »Yükselen ülke Türkiye« [Die Türkei, das aufsteigende Land], in: MÜSİAD, *Yükselen Değer Türkiye* [wie Fn. 49], S. 47.

68 Mehmet Babacan, *Whither Axis Shift: A Perspective from Turkey's Foreign Trade*, Ankara: SETA, 2010, S. 20.

69 Vallée, »Turkey's Economic and Financial Diplomacy« [wie Fn. 61], S. 68.

70 Çağlayan, »Son 10 yılda dış ticaretimizde yaşanan

gelişmeler« [wie Fn. 62], S. 202.

71 Zitiert nach International Crisis Group, *Turkey and the Middle East: Ambitions and Constraints*, Istanbul/Brüssel, 2010, S. 9.

72 *Vatan*, 8.8.2010.

73 Zitiert nach Günter Seufert, *Turkey Expert Report: Sustainable Governance Indicators 2009*, Gütersloh 2010, S. 18.

74 Statistisches Amt der Türkei zitiert nach Meliha B. Altunışık/Lenore G. Martin, »Making Sense of Turkish Foreign Policy in the Middle East under AKP«, in: *Turkish Studies* 12 (2011) 4, S. 581 und 582.

führen in die MENA-Region ausgerichtet haben, den geringsten Verlust an Arbeitsplätzen zu verkraften hatten, während jene Provinzen, die traditionell für europäische Märkte produzieren, prozentual den stärksten Rückgang an Beschäftigung verzeichneten. Die jeweiligen Spitzenwerte liegen bei +23 Prozent für die Provinz Ağrı an der Grenze zum Iran und bei -12,5 Prozent für das Industriezentrum Bursa in Nordwestanatolien.⁷⁵

So finden viele Türken in ihrem Alltag den Gehalt der neuen außenpolitischen Rhetorik bestätigt. Sie erleben eine ihnen bislang unbekannt wirtschaftliche Stärke ihres Landes. Sie sind überzeugt von seiner Kapazität, kleinere Nachbarländer wie die Staaten der Levante wirtschaftlich integrieren zu können, und sie sehen die politische Chance, die Beziehungen zu Europa und zur EU auf eine neue und gleichberechtigte Grundlage zu stellen. Die Ideen Davutoğlu von der Verankerung der Türkei in ihrem geopolitischen Raum und von ihrer Rolle als Regionalmacht sind so zum neuen Standardtopos im Selbstverständnis der Türken und in ihrer Wahrnehmung der Stellung ihres Landes in der Welt geworden. An der Veränderung dieses Bewusstseins hatte die Art und Weise, in der der Status der Türkei in der Region sowie Identität und »Mission« des Landes in der Gesellschaft präsentiert und propagiert worden sind, entscheidenden Anteil.

⁷⁵ Serdar Sayan, *Export Performance of the Turkish Economy in the First Decade of the New Millennium*, Ankara: TEPAV, Oktober 2011, S. 39.

Der Bruch des außenpolitischen Informations- und Definitionsmonopols der bürokratischen Elite

Unter dem Sicherheitsparadigma war der Primat des Militärs über außenpolitische Entscheidungen einhergegangen mit einem faktischen Wissens- und Deutungsmonopol der Generäle über außenpolitische Zusammenhänge und strategische Fragen. Noch Anfang der 2000er Jahre waren dem Militär nahestehende Journalisten nicht müde geworden, darauf hinzuweisen, dass den Politikern das Verständnis für internationale und sicherheitsrelevante Gegebenheiten und Bedingungen abgehe und diese Themen deshalb am besten bei den Bürokratien des Außenamts und des Generalstabs aufgehoben seien.⁷⁶

Vorläufer ziviler Denkfabriken (Think-Tanks) in den Jahren des Kalten Krieges

Wenn unter »Think-Tank« eine Institution verstanden wird, die sich der Konzipierung von Außenpolitik und der Beratung und Beeinflussung außenpolitischer Akteure verschrieben hat, lässt sich dieser Begriff kaum auf die erste Generation türkischer Denkfabriken anwenden. Einige von ihnen sahen sich primär als zivile außenpolitische Interessenvertretung der Türkei in der internationalen Diskussion. Das trifft insbesondere auf die Stiftung für politische und soziale Forschung (SİSAV) zu, die eine ebensolche Rolle übernahm, nachdem die Führer des Staatstreichs von 1980 alle Parteien verboten hatten.⁷⁷ Oder aber sie widmeten sich der Erklärung und Verteidigung der Außenpolitik im In- und Ausland wie die Zeitschrift und das Institut für Außenpolitik (DPD und DPE). Zeitschrift und Institut entstanden als Antwort auf die Kritik einer sozialistisch-antiimperialistischen Gewerkschafts- und Studentenbewegung an der türkischen Westanbindung und sahen ihre Aufgabe darin, die praktizierte Außenpolitik gegenüber der internationalen Gemeinschaft zu erklären und zu

⁷⁶ Vgl. die Beiträge von Mehmet Ali Kışlalı in *Radikal* in den Jahren 2001 und 2002.

⁷⁷ Vgl. dazu und zum Folgenden Serhat Güvenç, »Türkiye'nin dış politikası ve düşünce kuruluşları« [Außenpolitik und Denkfabriken der Türkei], in: Semra Cerit Mazlum/Erhan Doğan (Hg.), *Sivil toplum ve dış politika*, Istanbul 2006, S. 159–180 (164).

verteidigen.⁷⁸ Einen relevanteren Typus von Think-Tanks repräsentierten jene Forschungseinrichtungen, die von der Wirtschaft ins Leben gerufen worden waren mit dem primären Auftrag, sich gegen die Planungsbürokratie auszusprechen und für die Anpassung der türkischen Ökonomie an die Normen der EWG einzutreten. Prominentester Vertreter dieser Richtung war die bereits 1965 gegründete Stiftung für Wirtschaftsentwicklung (İKV). In den neunziger Jahren entwickelte sich die İKV in und außerhalb der Türkei zu einer wichtigen Lobby für die Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union.⁷⁹

Belebung der Szene mit dem Ende des Kalten Krieges

Der Beitritt der Türkei zur EU wurde Mitte der neunziger Jahre auch zum Anliegen von TÜSİAD, dem schon erwähnten Türkischen Industriellen- und Unternehmerband, in dem die Großindustrie organisiert ist. Seine Berichte zu den »Perspektiven [lies: Hindernissen, Anm. d. Verf.] für Demokratisierung« verschafften internationalen Demokratiestandards in der Türkei gesellschaftliche Legitimität und produzierten empörte Reaktionen des Militärs.⁸⁰ Außenpolitisch meldete sich TÜSİAD 1998 mit der Studie »Zu einer neuen Strategie der Wirtschafts- und Handelsdiplomatie in der Türkei« zu Wort.⁸¹ Der Autor, Mehmet Ögütücü, spricht im Zuge seiner Kritik der vorangegangenen Politik nicht von der »Regierung«, sondern vom »Zentrum«, und meint damit die mit dem Militär verflochtene Bürokratie. Dieses Zentrum der Macht propagiere den nach außen abgeschotteten,

⁷⁸ Siehe dazu die Selbstdarstellung des Instituts DPE unter <www.foreignpolicy.org.tr> (Zugriff 18.7.2011).

⁷⁹ Weitere Informationen zur İKV unter <www.ikv.org.tr> (Zugriff 18.7.2011).

⁸⁰ Bahnbrechend waren die von Bülent Tanör verfassten Berichte von 1997 und 1999.

⁸¹ Mehmet Ögütücü, *Türkiye'de yeni bir ekonomik ve ticari diplomasi stratejisine doğru*, Istanbul: TÜSİAD, 1998 <www.tusiad.org/bilgi-merkezi/raporlar/turkiyede-yeni-bir-ekonomik-ve-ticari-diplomasi-stratejisine-dogru> (Zugriff 20.7.2011).

wirtschaftlich autarken Nationalstaat und halte die Globalisierung für ein Komplott des Westens und eine Form des Neoimperialismus. Dabei stellten Globalisierung und wirtschaftlich Öffnung gerade für die Schwellenländer eine Chance dar.⁸² Durch die Blume gesprochen, aber in hinreichend deutlicher Form macht Ögütücü den Widerstand der Bürokratie dafür mitverantwortlich, dass die Europapolitik der Türkei jahrzehntelang auf der Stelle getreten sei. An der Konzipierung der Außenpolitik müsse künftig die Zivilgesellschaft Anteil haben, besonders die Wirtschaft, die sich ihrerseits auf zivile Experten stützen müsse.⁸³

In diesen Jahren entfalteten auch die bereits erwähnte İKV und die ebenfalls von der säkularen Unternehmerschaft gegründete Türkei-Stiftung für ökonomische und wirtschaftliche Studien (TESEV)⁸⁴ erstmals politische Wirkung. Mit der Verabschiedung der Kopenhagener Kriterien durch den Europäischen Rat nahmen beide Institutionen gesellschaftspolitische Themen in ihre Arbeit auf. Außenpolitisch widmeten sie sich primär den Fragen, die das Verhältnis der Türkei zur EU und zum Westen insgesamt belasteten: dem Zypernkonflikt, dem Streit mit Griechenland in der Ägäis, den Beziehungen zur EWG/EU insgesamt aber auch zu den USA.

Einer der ersten Think-Tanks, die nicht von der Wirtschaftselite initiiert wurden, ist die 1989 etablierte Türkei-Stiftung für soziale, ökonomische und politische Studien (TÜSES). Inspiriert von der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung erfolgte die Gründung in enger Anlehnung an die Sozialdemokratische Volkspartei (SHP). Auch die anderen politischen Parteien arbeiteten in den neunziger Jahren mit neu entstandenen Think-Tanks zusammen. Die Mutterlandspartei (AnaP) kooperierte mit der 1987 ins Leben gerufenen Türkischen Demokratie-Stiftung (TDV), die sich in Ankara ein Gebäude mit der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) teilt und die KAS zu ihren Projektpartnern zählt.⁸⁵ AnaP wirkte außerdem mit dem 1994 gegründeten Ari-Movement zusammen, einer NGO, die in den USA gut vernetzt ist.⁸⁶ Die Partei des rechten Weges (DYP), in jenen Jahren die Mitte-Rechts-Konkurrentin der AnaP, machte sich die Exper-

tise des İKV zunutze. Die neu gebildete AKP Recep Tayyip Erdoğans stützte sich Anfang der 2000er Jahre auf das Akademikernetzwerk der Gesellschaft für liberales Gedankengut (LDT), die sich bereits 1992 gebildet hatte.⁸⁷

Innerhalb nur eines Jahrzehnts sahen sich die bürokratischen Entscheidungsträger somit zivilgesellschaftlichen Instanzen gegenüber, die mit ihnen um die Definitionsmacht über das nationale Interesse in der Außenpolitik konkurrierten und die Sinnhaftigkeit des Nationalen Sicherheitskonzepts in Frage stellten. Die zahlreichen privaten Fernseh- und Radiosender, die im gleichen Zeitraum entstanden waren, boten den Experten der neuen Institutionen reichlich Gelegenheit, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Militärischer Gegenwind: Die intellektuelle Aufrüstung der alten außenpolitischen Elite

Um die Deutungshoheit über die Außenpolitik zurückzugewinnen, reagierte die Bürokratie zum einen mit der Etablierung staatlicher Think-Tanks.⁸⁸ Zum anderen ermunterte sie zur Gründung offiziell unabhängiger Institute, die ideologisch mit ihr auf einer Linie lagen. Mit der Verfestigung der Macht der Regierungspartei jedoch schwand der Einfluss des Militärs, und die profiliertesten der den Generälen nahestehenden Think-Tanks wurden entweder geschlossen oder schwenkten auf die Regierungslinie um.

1995 wurde im Außenministerium das Zentrum für Strategische Forschung (SAM) eingerichtet. Das Zentrum publiziert seine Berichte und Analysen in der auf Englisch erscheinenden Zeitschrift *Perceptions*. Heute steht SAM unter der Leitung von Bülent Aras, der dem intellektuellen Umfeld von Außenminister Ahmet Davutoğlu zuzurechnen ist. Eine neue Publikationsserie, die *Vision Papers*, dient ausschließlich dazu, Texte des Außenministers unters Volk zu bringen.⁸⁹

Um die außen- und sicherheitspolitische Expertise der türkischen Universitäten nutzbar zu machen, wurde 1997 das Nationale Komitee für strategische Forschung und Studien (SAEMK) ins Leben gerufen. Das Komitee wurde beim staatlichen Hochschulrat

⁸² Ebd., S. 34.

⁸³ Ebd., S. 233 und S. VI.

⁸⁴ Für weitere Informationen siehe die Homepage der Stiftung <www.tesev.org.tr>.

⁸⁵ Türk Demokrasi Vakfı, <www.demokrasivakfi.org.tr/> (Zugriff 19.7.2011).

⁸⁶ Zum Ari Movement siehe <http://ari.org.tr/english/index.php?option=com_frontpage&Itemid=1> (Zugriff 19.7.2011).

⁸⁷ Liberal Düşünce Topluluğu, <www.liberal.org.tr/incele.php?kategori=MTU=>> (Zugriff 19.7.2011).

⁸⁸ Güvenç, »Türkiye'nin dış politikası ve düşünce kuruluşları« [wie Fn. 77], S. 168ff.

⁸⁹ Stratejik Araştırmalar Merkezi, <<http://sam.gov.tr>> (Zugriff 26.1.2012).

(YÖK) angesiedelt, der die Universitäten des Landes beaufsichtigt. Gemäß der Verordnung vom 7. November 1997 bestimmten der Generalstab und das Außenministerium jeweils zwei und der Nationale Geheimdienst (MİT) jeweils ein Mitglied des vierzehnköpfigen Gremiums. In der Verordnung hieß es: Das Komitee »verfolgt« und »bewertet« die an den Universitäten geleistete strategische Forschung, »schlägt Themen vor«, »gewährt Hilfestellung« und »vergift Projekte«. ⁹⁰ Die Verordnung wurde erst im April 2012 aufgehoben, womit die Universitäten auch auf dem Feld außenpolitischer Fragestellungen ein Stück weit ihre Unabhängigkeit zurückgewannen. ⁹¹

Anfang 2002 richtete sich der Generalstab sein eigenes Zentrum für Strategische Forschung und Studien (SAREM) ein. ⁹² Die Mainstream-Presse begrüßte die Gründung des Zentrums, das die Generäle nicht nur mit sicherheitspolitischer Expertise und Theorie, sondern auch mit einer neuen Strategie des Auftretens und Argumentierens gegenüber einer immer kritischeren Öffentlichkeit ausstatten sollte. ⁹³ Neben der Außenpolitik gehörten die obengenannten innenpolitischen Kernbedrohungen, »Separatismus« und »religiöse Reaktion«, zu SAREMs originären Forschungsthemen. Der Think-Tank der Soldaten kam 2007 durch ein Planspiel ins Gerede, welches einige Monate davor abgehalten worden war. Das Szenario hatte die Ermordung der Präsidentin des Verfassungsgerichts zum Ausgangspunkt, was böse Erinnerungen an einen Anschlag wachrief, der nur wenige Monate davor auf fünf Richter des Staatsrats verübt worden war. ⁹⁴ Nach der weitgehenden Zurückdrängung des Militärs in der Politik wurde SAREM im November 2011 sang- und klanglos geschlossen. ⁹⁵

Ende der neunziger Jahre ermunterten die Generäle auch zur Gründung »unabhängiger« Institute. Eine Frucht dieser Bemühungen war das Strategische Forschungszentrum Eurasien (ASAM). Im September 1997 hatte der Generalstab die islamistische Wohlfahrtspartei (RP) aus der Regierung gedrängt. Im Februar

darauf war die Partei verboten worden, und im April 1998 hatten die Streitkräfte eine Kampagne gegen das grüne Kapital eröffnet. Um ihr Verhältnis zum Militär wieder ins Lot zu bringen, baute der Lebensmittelproduzent Ülker ab 1999 das wenige Jahre vorher gegründete, aber auf kleiner Flamme agierende Strategische Forschungszentrum Eurasien (ASAM) zum größten Think-Tank der Türkei aus. Für ein Jahrzehnt konnte ASAM die außenpolitische Diskussion maßgeblich bestimmen und das Sicherheitskonzept der militärisch-bürokratischen Elite in weiten Kreisen der Gesellschaft popularisieren. Besonderes Augenmerk richtete ASAM auf die Entwicklungen im kurdisch besiedelten Nordirak, wo es die Entstehung eines kurdischen (Teil)Staates um jeden Preis zu verhindern galt, sowie auf Zypern. Die Haltung ASAMs zur Zypernfrage fand ihren prägnanten Ausdruck in einer weit hin bekannten Formulierung seines Leiters Ümit Özdağ: »Der Quadratzentimeter, auf dem ein Türke lebt, ist wichtiger als der gesamte europäische Kontinent.« ⁹⁶ Die strikte Anlehnung ASAMs an die Perspektive des Militärs erwies sich mit der sukzessiven Vergrößerung der politischen Macht der AKP-Regierung als zunehmend inopportun. 2004 musste Özdağ seinen Chefposten räumen, 2009 stellte die Firma Ülker die Finanzierung ein, und ASAM schloss seine Pforten. ⁹⁷ Zwar konnte sein Leiter einige Jahre später eine neue Einrichtung mit dem Namen Türkei-Institut für das 21. Jahrhundert eröffnen, die jedoch bisher kaum zur Kenntnis genommen wird. ⁹⁸

Einem strikten Dritte-Welt-Nationalismus verpflichtet war das Türkei-Forschungszentrum für nationale Strategie (TUSAM). Es wurde 2004 von der Türkischen Metallgewerkschaft (TMS) »als Reaktion auf die Kolonialisierung der Länder Eurasiens durch die globalen Kräfte, insbesondere die G7-Staaten« eröffnet. ⁹⁹ Das Zentrum veröffentlichte die Ergebnisse seiner Forschungen in der Zeitschrift *Strateji*, die als Sonntagsbeilage der kemalistischen Tageszeitung *Cumhuriyet* (Republik) verteilt wurde. Die extrem nationalistisch

⁹⁰ *Resmi Gazete* [Amtsblatt], (7.11.1997) 23163, <www.yok.gov.tr/content/vie/450/183/lang.tr>, insbesondere Artikel 4 (Zugriff 26.7.2011).

⁹¹ *Taraf*, 15.4.2012.

⁹² *Stratejik Araştırma ve Etüd Merkez*, damals unter dem mittlerweile aufgehobenen Link <www.tsk.tr/SAREM/SAREM_ANA.htm> (Zugriff 28.7.2011)

⁹³ *Milliyet*, 10.1.2002.

⁹⁴ Das Attentat war sofort »Islamisten« zugeschrieben worden, doch stellte es sich bald als das Werk rechtsradikaler Kreise heraus, die mit dem Militär im Bunde waren.

⁹⁵ *Akşam*, 20.1.2012.

⁹⁶ Ümit Özdağ in: *Radikal*, 10.3.2003.

⁹⁷ Vgl. zu ASAM: <http://tr.wikipedia.org/wiki/Avrasya_Stratejik_Arastirmalar_Merkezi> und <www.eksizozluk.com/show.asp?t=%C3%BCmit%20%C3%B6zda%C4%9F> (Zugriff jeweils 28.7.2011).

⁹⁸ 21. Yüzyıl Türkiye Enstitüsü, <www.21yyte.org/tr> (Zugriff 13.2.2012).

⁹⁹ So die Selbstdarstellung, zitiert nach Bülent Aras u.a., *Araştırma merkezlerinin yükselişi: Türkiye'de dış politika ve ulusal güvenlik kültürü* [Aufstieg der Institute zur strategischen Forschung: Außenpolitik und die Kultur der nationalen Sicherheit in der Türkei], Ankara: SETA, 2010, S. 65.

ausgerichtete Metallgewerkschaft legte die Beiträge ihrer Mitglieder bevorzugt in Hotelanlagen und Spielkasinos im türkischen Nordzypem an und betrieb von dort aus auch ihren Fernsehsender *Avrasya* (Eurasien) TV. Im Frühjahr 2009 wurde ihr Vorsitzender, Mustafa Özbek, der seit 34 Jahren ununterbrochen im Amt gewesen war, im Rahmen eines Ergenekon-Verfahrens (siehe oben S. 9) unter dem Vorwurf festgenommen, eine terroristische Vereinigung finanziert zu haben. Die neue Führung der Gewerkschaft schloss das Zentrum nur wenige Wochen später.

Die Think-Tank-Szene heute

Damit waren die prominentesten Sprachrohre des Militärs in Angelegenheiten der Außen- und Sicherheitspolitik zum Schweigen gebracht. Heute kann von einem Wissens- und Deutungsmonopol der alten bürokratischen Elite über die Außenpolitik nicht mehr die Rede sein. Stattdessen hat sich ein neuer Mainstream der außen- und sicherheitspolitischen Forschung und Beratung herausgebildet, der die grundlegenden Parameter im Denken Ahmet Davutoğlus als Orientierungsrahmen übernimmt. Außerhalb dieses Mainstreams stehen betont liberale Einrichtungen wie TESEV und die LDD, die jedoch in einer Reihe von außenpolitischen Fragen ebenfalls einen Modus Vivendi mit der Regierung gefunden haben.

Die Think-Tanks des neuen Mainstreams haben ihren Sitz meist in Ankara und führen fast alle das Wort »Strategie« in ihrem Namen. Die Mehrheit ihrer Mitarbeiter sind junge Akademiker aus konservativem Milieu. Die im Folgenden vorgestellten fünf Think-Tanks bewegen sich alle im Regierungsumfeld. Die Medien gewähren ihnen großen Raum. Alle fünf präsentieren sich als NGOs, und drei von ihnen werden – zumindest teilweise – von der konservativen Unternehmerschaft gefördert.

Die größte dieser neuen Denkfabriken ist die 2004 gegründete USAK, Agentur für internationale strategische Forschung. Ihr Träger ist ein eingetragener Verein. Der Think-Tank ist in neun Institute untergliedert, in denen insgesamt 34 akademische Vollzeitkräfte, eine große Zahl von assoziierten Akademikern und Stipendiaten tätig sind. In ihrer Selbstdarstellung bezeichnet sich USAK als »liberal«, »idealistisch« (weil, wie es heißt: »der gesamten Menschheit verpflichtet«), »gesellschaftsorientiert«, »demokratisch« und »konservativ«. Dieser Wertekanon soll signalisieren, dass USAK die kollektiven, nationalistischen, bürokrati-

schen, autoritären und säkularistischen Dimensionen des Kemalismus zurückweist und sich damit von der alten Staatselite abgrenzt. Auf der Website des Think-Tanks heißt es, man finanziere sich ausschließlich aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen und den Mitteln, die in der Regel staatliche Institutionen für Forschungsaufträge vergeben. USAK hat enge Verbindungen zu Polizei und Polizeiakademien und damit zu Institutionen, in denen das Netzwerk von Fethullah Gülen fest verankert ist,¹⁰⁰ dem der Think-Tank seinerseits nahesteht. Der langjährige Präsident des USAK-Vereins, Sedat Laçiner, er wurde Ende 2011 Rektor der Universität Çanakkale, hat während seiner Amtszeit das Verhältnis von USAK zur AKP-Regierung als »kritisch-solidarische Zusammenarbeit im Rahmen einer gemeinsamen Werteorientierung bezeichnet.«¹⁰¹ Laçiner kritisierte als einer der ersten Akademiker in aller Öffentlichkeit die Strategie des Militärs im Kampf gegen die PKK. Anstatt schlecht ausgebildete Wehrpflichtige unter dem Kommando der regulären Armee einzusetzen, sollten die bewaffneten Operationen der Polizei übertragen werden, die dafür Spezialeinheiten aufzustellen habe. Unabhängig vom vorgetragenen strategischen Argument wird die Polizei auch deshalb priorisiert, weil sie seit dem Ende des Osmanischen Reiches als muslimisch-konservativ gilt, während das Militär seit jener Zeit einer der entscheidenden Träger der Verwestlichung und Säkularisierung von oben gewesen ist.

Vor seiner Tätigkeit bei USAK war Laçiner Chef der Abteilung für Armenische Studien im oben genannten nationalistischen Think-Tank ASAM und beriet außerdem das Bildungsministerium in »Armenierangelegenheiten«. Die Beschäftigung mit Armenien diente bei ASAM primär dazu, Argumente für die Zurückweisung des Vorwurfs auszuarbeiten, das Osmanische Reich habe an den Armeniern einen Völkermord begangen. Mit seinem Werdegang repräsentiert Laçiner Wandel und Kontinuität des alten Sicherheitsparadigmas. Seine *Karriere* steht für das Aushebeln der politischen Gestaltungskraft des Militärs und für den neuen Einfluss ziviler Akteure. Laçiners *inhaltliche Orientierung* dagegen ist ein Beleg für die Kontinuität, die in manchen außenpolitischen Positionen zwischen der alten Staatselite und den neuen muslimisch-konservativen Kräften herrscht, etwa in der Armenier- und teilweise in der Kurdenfrage. Ein anderer zentraler Name bei

¹⁰⁰ Avni Özgürel in: *Taraf*, 13.2.2012.

¹⁰¹ Wendy Kristianasen, »Turkey's Growth Industry«, in: *Le Monde diplomatique*, 7.2.2010.

USAK war bis 2007 der Soziologe Yusuf Ziya Özcan, bis zu jenem Jahr Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates von USAK. Staatspräsident Abdullah Gül ernannte ihn im Dezember 2007 gegen den Widerstand der Mehrheit der säkularistisch ausgerichteten Hochschulrektoren zum Präsidenten des mächtigen Hochschulrats (YÖK). Als YÖK-Vorsitzender kooperierte Özcan eng mit der Regierung. So hat er gemeinsam mit ihr das Kopftuchverbot für Studentinnen an den Universitäten weitgehend ausgehebelt

Der Regierung wohl am nächsten steht SETA, die Stiftung für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Studien.¹⁰² Der Premierminister selbst hat im Dezember 2009 eine Dependence SETAs in Washington, D.C., eröffnet. SETAs Gründungsdirektor Ibrahim Kalin folgte im Mai 2009 Ahmet Davutoğlu als außenpolitischer Berater des Regierungschefs nach und ist außerdem Koordinator des Public Diplomacy Office im Ministerpräsidentenamts.¹⁰³ Auch sonst ist SETA eng mit der Regierung verbunden. Der Leiter der Abteilung Außenpolitik des Think-Tanks, Talip Küçükcan, beriet den bereits genannten Präsidenten des Hochschulrats Yusuf Ziya Özcan. Küçükcans Vorgänger in der Leitung der Abteilung Außenpolitik, Bülent Aras, ist jetzt Präsident des Strategischen Forschungszentrums im Außenministerium (SAM).¹⁰⁴ Der frühere SETA-Forscher Zühtü Arslan steht heute der Polizeiakademie vor. Sein ehemaliger SETA-Kollege Gökhan Çetinsaya war Gründungsrektor der Şehir Universität, hinter der die Stiftung Wissenschaft und Kunst (Bilim ve Sanat Vakfı) steht, und wurde im Dezember 2011 zum neuen Präsidenten des Hochschulrats ernannt. Einer der früheren Vorsitzenden der Denkfabrik war wiederum der heutige Außenminister Ahmet Davutoğlu.¹⁰⁵ Der ehemalige SETA-Wissenschaftler M. Mühahit Küçükylmaz leitet derzeit die Abteilung Internet und Öffentlichkeitsarbeit im Staatspräsidentenamts. SETA publiziert die lesenswerte Zeitschrift

102 Siyaset, Ekonomi ve Toplum Araştırmaları Vakfı, <www.setav.org/Default.aspx?Dil=tr> (Zugriff 15.2.2012).

103 Public Diplomacy Office <<http://kdk.gov.tr/kurumsal/koordinator/12>> (Zugriff 15.2.2012).

104 Nachrichtenwebsite *haberler.com*, 14.9.2010.

105 »Davutoğlu'nun vakfı Tekel binalarını yıkacak« [Davutoğlus Stiftung will die Gebäude der Monopolverwaltung einreißen], [linke] Nachrichtenwebsite *Sol Portal* (online), 20.12.2009, <<http://haber.sol.org.tr/kent-gundemleri/davutoglusun-vakfi-tekil-binalarini-yikacak-haberi-21826>>; eine Biografie des Außenministers findet sich in einem muslimischen Diskussionsforum für junge Leute auf <www.delikanforum.net/konu/12484-ahmet-davutoglu.html> (Zugriff jeweils 10.3.2011).

Insight Turkey. Als Herausgeber fungiert İhsan Dağı einer der führenden akademischen Kritiker des Militärs und Kolumnist der Tageszeitung *Zaman*, die wiederum dem Gülen-Netzwerk zugerechnet wird.

Das erst im März 2009 gegründete Institut für Strategisches Denken (SDE) beruft sich in seinem Mission Statement explizit auf Davutoğlus außenpolitische Orientierung. In sehr selbstbewussten Worten heißt es dazu:

»Die Gründung von SDE stellt einen zentralen Meilenstein auf dem Weg dar, auf dem die Türkei heute mit sicheren Schritten sowie dem Bewusstsein von strategischer Tiefe und historischer Verantwortung voranschreitet [...] Die neue Türkei soll nicht nur eine regionale, sondern eine globale Macht werden, und SDE stellt an sich selbst den Anspruch, zur maßgeblichen strategischen Schule unseres Landes zu werden.«¹⁰⁶

Trotz dieser staatszentrierten, fast imperialen Diktion finden sich im »Hohen Beirat« des Instituts gestandene säkulare Akademiker wie die Wirtschaftswissenschaftlerin Beril Dedeoğlu, die an der französisch-türkischen Universität Galatasaray lehrt, und der Politologe Doğu Ergil, der in den frühen neunziger Jahren einer der ersten Kritiker der staatlichen Kurdenpolitik gewesen ist. SDE teilt die grundlegenden Paradigmen der AKP-Außenpolitik, wendet sich aber gegen eine Verklärung des Osmanischen Reichs.¹⁰⁷ Auch SDE verfügt über gute Verbindungen zur Regierungspartei AKP. Der Kongress *Changing Global Power Balances and Turkey*, den das Institut vom 6. bis 7. Oktober 2010 im spätosmanischen Dolmabahçe-Serail in Istanbul ausgerichtet hat, wurde von Staatspräsident Abdullah Gül, dem damaligen Parlamentspräsidenten Mehmet Ali Şahin und Außenminister Ahmet Davutoğlu eröffnet.

Eine Gründung von 2003 ist TASAM, das Türkisch-Asiatische Zentrum für strategische Studien.¹⁰⁸ Unter den Stellvertretern und Beratern seines Direktors Süleyman Şensoy und im Herausgeberrat von TASAMs Zeitschrift »Strategischer Vorausblick« (*Stratejik Öngörü*) findet sich eine ganze Reihe ehemaliger Botschafter. Die Rhetorik TASAMs überschneidet sich mit der des frühen Ahmet Davutoğlu. Wie Davutoğlu in seinen oben angeführten Veröffentlichungen aus den späten

106 Siehe die Selbstdarstellung des Instituts auf seiner Homepage <www.sde.org.tr/tr/sayfalar/15/sde-tanitim.aspx> (Zugriff 15.2.2012).

107 Yasin Aktay in: *Yeni Şafak*, 10.1.2011.

108 Türk Asya Stratejik Araştırmalar Merkezi, <www.tasam.org/index.php?sagblok=87> (Zugriff 15.2.2012).

neunziger Jahren spricht TASAM von der Notwendigkeit für die Türkei, sich ein Hinterland zu schaffen, das hier »Sicherheitsgürtel« genannt wird und den Balkan, den Nahen Osten, die Schwarzmeerregion und den Kaukasus umfasst. In diesen Nachbarschaftsräumen gelte es die Zusammenarbeit zu institutionalisieren, während parallel dazu in der »Türkischen Welt« und der »Islamischen Welt« die »Identitätsbildung« voranzutreiben sei.¹⁰⁹ TASAM pflegt weit zurückreichende und stabile Kontakte in die verschiedenen Regionen der Welt und organisiert von der Regierung finanzierte Zusammenkünfte von Politikern, Diplomaten, Experten, Wirtschaftsvertretern und Journalisten. Die Einrichtung kann deshalb eher als ein Instrument der Second Track Diplomacy denn als Denkfabrik bezeichnet werden. In den von TASAM ausgerichteten Konferenzen geht es oft darum, wie internationale Partner zu beeinflussen wären, damit die Türkei konkrete außenpolitische Ziele durchsetzen kann wie zum Beispiel die Erhaltung der territorialen Integrität des Irak, die Stärkung seiner Zentralregierung oder die Verhütung der Proliferation von Nuklearwaffen. Die Konferenzen TASAMs werden vom Außenministerium finanziert.

Eine noch junge Institution ist STRATİM, Zentrum für strategische Kommunikation. Die 2008 gegründete Institution richtet seit 2009 das jährliche Istanbul-Forum aus, als dessen Hauptredner bisher Ministerpräsident Erdoğan, Außenminister Davutoğlu und OIC-Präsident Ekmeleddin İhsanoğlu aufgetreten sind. STRATİM betreibt keine eigene Forschung, sondern versteht sich als ziviler Kanal für die Kommunikation türkischer Außenpolitik.¹¹⁰ Das Zentrum wird offensichtlich von der Regierung finanziert. Seine personellen Aushängeschilder sind der langjährige Diplomat Yaşar Yakış, Außenminister der ersten AKP-Regierung unter Abdullah Gül 2002–2003, und Suat Kınıklıoğlu, von 2007–2011 Abgeordneter für die AKP, Sprecher der Außenpolitischen Kommission des Parlaments und Vorsitzender der Türkisch-Amerikanischen Parlamentariergruppe.

Die neue konservative Wirtschaftselite und die AKP-Regierung können so auf einen großen Pool von Fachleuten und Institutionen mit außenpolitischer Kompetenz zurückgreifen, die ihre gemeinsame Vision von einer neuen Türkei teilen. Es ist die Vision

eines Landes, das insbesondere von Europa unabhängig ist, dessen Zukunft in seiner näheren und weiteren Region liegt, als deren natürlicher Mittelpunkt es allseits anerkannt wird. Diese Vision wird heute jedoch nicht nur von der Regierung und den ihr nahestehenden Think-Tanks, sondern auch von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt.

¹⁰⁹ Siehe die Selbstdarstellung des Forschungszentrums unter <www.tasam.org/tr-TR/Kurumsal/Profil> (Zugriff 14.2.2010).

¹¹⁰ Stratejik İletişim Merkezi, <www.stratim.org/tr/hakkimizda.html> (Zugriff 8.5.2012)

Einstellungen: Eine neue Normalität

Mitgliedschaft in der EU – ein mit Gelassenheit diskutiertes Thema

Die nach wie vor hohe Zustimmung in der türkischen Bevölkerung für einen Beitritt ihres Landes zur EU scheint auf den ersten Blick einem großen öffentlichen Rückhalt für diese neue Vision von Außenpolitik zu widersprechen. Gemäß einer jüngeren Untersuchung liegt der Anteil der Befürworter einer Aufnahme in die Union bei 60 Prozent, einer anderen Erhebung zufolge gar bei 69 Prozent.¹¹¹ Allerdings erwarten regelmäßig nur etwa zwei Drittel derer, die für die EU-Mitgliedschaft der Türkei votieren, dass diese auch in voraussehbarer Zukunft eintreten wird, was dieser Frage viel von ihrer aktuellen Bedeutung nimmt. Tatsächlich wird das Vorhaben eines eventuellen EU-Beitritts heute mit weit mehr Gelassenheit behandelt als im letzten Jahrzehnt. Für große Gruppen der Bevölkerung hing das Schicksal der Türkei damals – positiv wie negativ – von der Mitgliedschaft in der EU ab. Heute jedoch gilt Europa den Befürwortern eines Beitritts nicht mehr als einziger Rettungsanker. Aber auch für die Gegner des Projekts stellt Europa nicht mehr die Bedrohung dar, als die es seinerzeit wahrgenommen worden ist. 2007 sahen 58 Prozent der Befragten Brüssel als eine Gefahr für die Türkei an. 2011 rangierte die EU in dieser Kategorie mit 40 Prozent nur unter »ferner liefen«.¹¹² In Übereinstimmung mit dem neuen Mainstream des außenpolitischen Denkens ist die Mitgliedschaft in der Europäischen Union heute für die Mehrheit der Türken weniger ein Ziel in sich, sondern eher ein Instrument zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes.¹¹³

¹¹¹ Ersin Kalaycıoğlu, *EU in Turkish Politics: Status and Prospects*, Istanbul: Sabancı University, 2011, und Mensur Akgün u.a., *Foreign Policy Perceptions in Turkey*, Istanbul: TESEV, 2011. Internationale Untersuchungen kommen in der Regel auf niedrigere Werte. So sprechen die Transatlantic Trends des GMF für 2010 von einer Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft in der Türkei von 41%, zitiert nach William Chislett, *Turkey's Islamist Party Wins Third Term of Single-Party Rule*, Madrid: Real Instituto Elcano, 2011.

¹¹² Kalaycıoğlu, *EU in Turkish Politics* [wie Fn. 111].

¹¹³ Vgl. Akgün u.a., *Foreign Policy Perceptions in Turkey* [wie Fn. 111].

Iran, USA und Israel, überraschende Feindbilder, Distanz zum Westen und zur Nato

Die neue, vom Westen unabhängige Außenpolitik findet im Lande weithin Beifall. Die türkische Bevölkerung hat ihren eigenen, von den in Westeuropa herrschenden Perspektiven ganz abweichenden Blick auf ihre Nachbarregionen und die Stellung ihres Landes in deren Mitte. In einer Umfrage von Anfang Januar 2010 sahen 57 Prozent das Atomprogramm des Iran als eine Gefahr für die Türkei an.¹¹⁴ Doch sprachen sich 60 Prozent gegen ein Embargo oder andere Zwangsmaßnahmen gegen den Iran aus.

Hinter dieser auf den ersten Blick widersprüchlichen Haltung steckt ein tiefes Misstrauen gegenüber der Politik der westlichen Länder in der Region, das auch in anderen Ergebnissen aufscheint. So begrüßt der erwähnten Umfrage zufolge fast die Hälfte der Befragten ausdrücklich die Stellungnahmen, die Ministerpräsident Erdoğan Ende Oktober 2009 in Teheran abgegeben hatte. Bei dieser Gelegenheit hatte der türkische Regierungschef dem Iran das Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie zugesprochen, beim Kampf gegen die Proliferation von Atomwaffen eine einseitige Konzentration des Westens auf Teheran kritisiert und den Nuklearwaffenbesitz Israels gegeißelt. Bei einer wenige Wochen später, am 27. November 2009, stattfindenden Abstimmung des Gouverneursrats der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) über eine Vorlage, in der der Iran verurteilt wurde, enthielt sich die Türkei der Stimme.

Im Dezember 2010 – die Türkei hatte im Mai des Jahres zusammen mit Brasilien im Sicherheitsrat gegen die Verschärfung der Sanktionen gegen den Iran votiert – förderte eine andere Erhebung ganz ähnliche Einstellungen zutage. Ihr zufolge teilten 47 Prozent der Befragten die Ansicht, dass Teheran die Kernenergie friedlich nutzen dürfe, und nur 38 Prozent lehnten das Nuklearprogramm des Nachbarlands ab.¹¹⁵ Die Mehrheit der Befragten konnte sich dem von

¹¹⁴ Vgl. dazu und zum Folgenden Özer Sencar u.a., *The New Face of Turkish Foreign Policy*, Ankara: MetroPoll Strategic and Social Research Centre, Januar 2010.

¹¹⁵ Akgün u.a., *Foreign Policy Perceptions in Turkey* [wie Fn. 111].

den westlichen Ländern behaupteten Untrennbarkeit von friedlicher und kriegerischer Verwendung der Kernenergie durch den Iran nicht anschließen. Nur 4 Prozent stimmten im selben Survey der Auffassung zu, der Iran sei ein gegen die Türkei agierender Staat, doch 40 Prozent bejahten genau das in Bezug auf Israel.

Andere Umfragen bestätigen eine äußerst kritische Wahrnehmung Israels und seines Hauptverbündeten, der USA. So empfanden 2007 82 Prozent die USA und 68 Prozent Israel als primäre Gefahrenquelle.¹¹⁶ 2011 hatte sich die Reihenfolge umgekehrt, nun waren für 75 Prozent Israel und für 57 Prozent die USA die Hauptbedrohungen.

Mit diesen Einstellungen im Einklang steht die äußerst skeptische Haltung, die sich seit 2004 unter der türkischen Bevölkerung der Nato gegenüber entwickelt hat.¹¹⁷ Betrachteten 2004 67 Prozent der Türken die Nato als »nach wie vor wesentlich für die Sicherheit ihres Landes«, so waren es 2010 nur noch 41 Prozent. In den Bevölkerungen der Nato-Staaten insgesamt kam es in dieser Zeit zu keiner nennenswerten Veränderung (von 68% auf 66%). Werden die türkischen Befragten *nach ihrer Präferenz für politische Parteien* aufgesplittet, fällt als Erstes auf, dass sich die Wähler der extrem rechten Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) von den eifrigsten Befürwortern der Nato zu deren entschiedensten Skeptikern entwickelt haben. Hatten 2004 nur 24 Prozent von ihnen das Bündnis als »nicht mehr wesentlich für die Sicherheit ihres Landes« eingeschätzt, so war dieser Anteil 2010 auf 72 Prozent gestiegen. Die Parteigänger der CHP hatten 2004 der Allianz gegenüber mit 40 Prozent die größten Vorbehalte zum Ausdruck gebracht, 2007 rangierten sie mit 59 Prozent auf dem zweiten Platz. Die Wähler der AKP dagegen hatten 2004 mit 32 Prozent Ablehnung im Mittelfeld gelegen, 2010 waren sie mit einer Ablehnungsrate von 52 Prozent der Nato gegenüber noch am positivsten eingestellt.¹¹⁸ Das heißt, die Anhänger der Partei, deren Regierung sich eine größere Unabhängigkeit ihres Landes von den USA und der EU auf die Fahnen geschrieben hat und die die Türkei zur Regionalmacht entwickeln will, erscheinen als die Gruppe, die innerhalb der türkischen Gesellschaft noch am stärksten

auf die Integration in die Nato setzt. Die großen Vorbehalte der MHP- und CHP-Wähler gegenüber der Allianz spiegeln die im ersten Kapitel (S. 7 ff.) aufgezeigte Entfremdung der staatszentrierten und militärnahen Elite von den USA und Europa wider. Diese Distanzierung der säkularistisch-nationalistischen Opposition von Europa und von den USA erklärt, warum die auf größere Unabhängigkeit von den Ländern des Westens ausgerichtete Außenpolitik der AKP mehr Unterstützung im Lande findet, als der Regierungspartei selbst zuteil wird.

Erfolgreiche Außenpolitik: eine starke und unabhängige Türkei

Tatsächlich zeigten sich in der bereits genannten Umfrage vom Januar 2011 nur 29,9 Prozent mit der allgemeinen Entwicklung der Türkei zufrieden, aber 53,5 Prozent bescheinigten der Regierung eine »erfolgreiche« bzw. »sehr erfolgreiche« Außenpolitik. Für die Befragten war Ahmet Davutoğlu in dieser Zeit der erfolgreichste Minister im Kabinett.¹¹⁹ Die TESEV-Umfrage zeichnet exakt dasselbe Bild. Ihr zufolge stimmten im Dezember 2011 65 Prozent der neuen Außenpolitik generell zu.¹²⁰ Die AKP lag damals in Meinungsumfragen bei circa 45 Prozent. Die neue Außenpolitik erfreut sich damit eines Rückhalts in der türkischen Gesellschaft, der weitaus größer ist als der – ohnehin starke – für die Regierungspartei.

So werden alle Aktivitäten der Türkei, die sie als selbständigen oder gar tonangebenden Player in ihrer Region erscheinen lassen, weit über die Grenzen der AKP-Wählerschaft hinaus begrüßt.¹²¹ Vorstellungen von der Türkei als Modell für den Nahen Osten (77%), als Vermittlerin im Nahost-Friedensprozess (75%) und als friedensstiftende Macht im Kaukasus (74%) finden großen Beifall. Dass der Ausbau der Beziehungen zu Russland (70%) und die türkische Beteiligung an militärischen Friedensmissionen in Afghanistan und im Libanon (70% bzw. 58%), also Entscheidungen, die im Einklang mit der Politik westlicher Länder stehen, gleichzeitig goutiert werden können, liegt daran, dass all diese Aktivitäten die zentrale Rolle der Türkei in ihrer Region stärken.

¹¹⁶ Vgl. dazu und zum Folgenden: Kalaycıoğlu, *EU in Turkish Politics* [wie Fn. 111].

¹¹⁷ Ebru Ş. Canan-Sokollu/Burcu Ertunç, *Turks Are Getting Apart from Nato*, Istanbul: Bahçeşehir University, 6.5.2011 (BETAM-Research Brief 11/110).

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Sencar u.a., *The New Face of Turkish Foreign Policy* [wie Fn. 114].

¹²⁰ Akgün u.a., *Foreign Policy Perceptions in Turkey* [wie Fn. 111].

¹²¹ Ebd.

Das Misstrauen der türkischen Bevölkerung gegenüber den Intentionen und der Politik westlicher Länder einerseits und ihr gleichzeitiger Wunsch, dass die Türkei eine zentrale Rolle in ihrer Region spielen möge, führt zu Einstellungen und Sichtweisen, die auf den ersten Blick hin nur schwer miteinander vereinbar scheinen. So stimmten Anfang Mai 2011 fast 60 Prozent der Befragten der Auffassung zu, die Massenproteste in den arabischen Ländern seien das Ergebnis von Machenschaften westlicher Staaten, und nur knapp 30 Prozent sahen darin den Ausdruck des Wunschs nach demokratischen Reformen.¹²² Gleichzeitig forderten erneut 60 Prozent, die Türkei solle die Protestbewegungen unterstützen. Eine Intervention internationaler Kräfte [sprich: des Westens, Anm. d. Verf.] hießen nur 28,5 Prozent gut. Doch fast 50 Prozent befürworteten ein Eingreifen der Türkei.

Auch in den Einstellungen zur Nato schimmert der Wunsch nach einer selbständigen, primär den eigenen Interessen dienenden Politik durch. Wenn es darum geht, den Angriff auf einen Verbündeten mit Hilfe auch des Einsatzes eigener Truppen abzuwehren, ist nur die Bevölkerung Sloweniens zurückhaltender als die der Türkei (64% und 69%, Durchschnitt aller Nato-Staaten: 79%). Die türkische Bevölkerung ist jedoch gleichzeitig so sehr wie keine andere, erneut mit einer Ausnahme, die der Slowakei, gewillt, ihre Soldaten ins Ausland zur Beendigung von Bürgerkriegen zu entsenden (88% und 85%, Durchschnitt aller Nato-Staaten 64%). Wenn es um die Sicherung der nationalen Rohstoffversorgung geht, zeigen sich die türkischen Bürger jedoch weit entschlossener, die eigene Armee in Marsch zu setzen als die Befragten aller anderen Nato-Staaten (Türkei 77%, Durchschnitt 50%).

¹²² Vgl. dazu und zum Folgenden Özer Sencar, *Halkın Suriye olaylarına ve gündem konularına bakışı* [Die Meinung des Volkes zu den Ereignissen in Syrien und anderen aktuellen Themen], Ankara: MetroPoll Stratejik ve Sosyal Araştırmalar Merkezi, Mai 2011.

Implikationen für die Stellung Europas zur Türkei

Für die alte Elite der Türkei waren die Länder Westeuropas ein politisches (Nationalstaat) und kulturelles (Säkularisierung) Modell. Sicherheitspolitisch erschien ihr die Anbindung an Europa und den Westen als einzige Option. Damit war eine kulturelle und politische Randalage der Türkei vorgegeben, die von Ahmet Davutoğlu unter Verweis auf die eigene Tradition und Zivilisation der Türken und auf die Geschichte des Osmanischen Reichs abgelehnt wird. Im Denken des Außenministers ist die Periode der türkischen Randständigkeit nur eine jetzt endlich überwundene Episode in der Geschichte der Türkei. Diese Einschätzung wird heute von einer neuen aufstrebenden Wirtschaftselite, von der überwiegenden Mehrzahl der außenpolitischen Experten und von weiten Kreisen der Bevölkerung geteilt.

Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die zur Etablierung dieser neuen Normalität in der Türkei entscheidend beigetragen haben, erscheinen unumkehrbar. Das gilt für den Zusammenbruch des republikanischen Sicherheitsparadigmas, dessen konstituierende außen- und innenpolitische Komponenten inzwischen weggefallen sind. Zu nennen sind hier das Ende des Kalten Krieges und die Enttabuisierung der zentralen innerstaatlichen Bedrohungsszenarien, nämlich rückwärtsgewandter Islamismus und kurdischer Separatismus. Und das gilt für die Schwächung der alten Staatsideologie und die damit einhergehende Delegitimierung der außerparlamentarischen Vetomächte, des Militärs, der politischen Bürokratie und der hohen Justiz.

Wie die Regierungspartei AKP selbst sind die neue aufstrebende Unternehmerelite und der von ihr finanzierte neue außenpolitische Expertenpool Ausdruck der erfolgreichen Integration der sozialkonservativen Bevölkerung in die Politik, die Wirtschaft und die Bildungsinstitutionen. Das alte kemalistische Establishment hatte die politische Partizipation dieses Teils der türkischen Gesellschaft jahrzehntelang entweder direkt blockiert oder in die Verschärfung ethnischer und religiöser Spannungen kanalisiert. Die Ausgrenzungserfahrung verbindet die Angehörigen des sozialkonservativen Teils der Bevölkerung über Klassen, Schichten und Regionen hinweg. Sie hat ferner die Hervorbringung eines politischen Diskurses

ermöglicht, der einen Gegenentwurf zum Kemalismus repräsentiert und von oben verordnete kulturelle Verwestlichung genauso ablehnt wie eine scheinbar alternativlose politische Westanbindung.

Das Zusammentreffen der politischen, ökonomischen und bildungsrelevanten Integration der religiös-sozialkonservativen Bevölkerung mit Prozessen der wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung versetzte die Eliten dieses Milieus in die Lage, ihre Stellung zur Moderne neu zu definieren und sich als Träger einer alternativen Moderne zu präsentieren. An die Stelle ihrer früheren reflexhaften Zurückweisung von Verwestlichung und Westanbindung (einschließlich der Mitgliedschaft in der EU) ist eine selbstbewusste Strategie getreten, die das eigene Land als potentielles Zentrum seiner Region begreift und die eigene Entwicklungsdynamik im Einklang mit globalen Veränderungen sieht.

Der anhaltende wirtschaftliche Erfolg und der Beitrag, den dieser zu einer ersten Korrektur des gravierenden Entwicklungsabstands zwischen dem wohlhabenden Westen und dem darbenenden Osten des Landes leistet, gelten den Akteuren als wichtigste Bestätigung für die Richtigkeit der neuen Strategie.

Die Zustimmung zu den grundlegenden Parametern der neuen Außenpolitik geht weit über die Wählerschaft der AKP hinaus. Dies belegt die Kompatibilität der neuen Außenpolitik mit einer explizit nationalistischen Orientierung und verweist auf eine Reihe von Konflikten der alten republikanischen Elite mit der EU und den USA.

Was heißt dies für die Europäische Union? Kann sie trotz alledem mit einer ähnlich schnellen Reparatur ihrer Beziehungen zu Ankara rechnen, wie dies Washington seit dem Sommer 2011 gelungen zu sein scheint? Oder muss sie sich auf ein grundsätzlich neues Verhältnis zur Türkei einstellen?

Die Beziehungen der Türkei zur Europäischen Union und zu einer Reihe ihrer Mitgliedstaaten und die zu den Vereinigten Staaten von Amerika sind von der neuen Außenpolitik in ganz unterschiedlicher Weise betroffen. Ungeachtet der Erregung, die die türkische Iran- und Israelpolitik hervorgerufen hat, scheint das Verhältnis der Türkei zu den USA von der Neuausrichtung der türkischen Außenpolitik *strukturell*

weniger beeinträchtigt worden zu sein als das zur Europäischen Union.

In der amerikanisch-türkischen Kooperation standen sicherheitspolitische und militärische Überlegungen stets im Vordergrund, ihr ist ein stark instrumenteller Charakter eigen. Zwar kann es zu großen Krisen kommen, doch ein Schwenk in der Politik – wie jetzt im Fall des Nato-Breitbandradars – renkt vieles wieder ein. Hinzu kommt, dass die USA nach dem nur mäßigen Erfolg ihrer Nah- und Mittelostpolitik im vergangenen Jahrzehnt auf eine starke Türkei in der Region angewiesen sind. Nur eine starke Türkei kann für die mehrheitlich muslimischen Länder der arabischen Welt in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Hinsicht Quelle der Inspiration sein. Nur eine starke Türkei kann als Gegenmacht zum Iran und als unverzichtbarer politischer und militärischer Verbündeter im Hinblick auf Krisenzentren wie Syrien, den Irak und Afghanistan eine für die USA nützliche strategische Rolle spielen. Die außerordentliche Bedeutung der Türkei für die USA verschafft Ankara einen relativ großen politischen Spielraum Washington gegenüber. Die Türkei nutzt diese Freiheit bei der Gestaltung ihrer Beziehungen zu Israel und zu Russland, in einer Weise, die US-amerikanischen Vorstellungen und Interessen teilweise widerspricht, jedoch ohne dass die strategische Zusammenarbeit zwischen Ankara und Washington ernsthaft gefährdet wäre. Im Gegenteil: Selten waren die türkischen-amerikanischen Beziehungen besser als seit dem Beginn der Umbrüche in der arabischen Welt.

Ganz anders steht es um die türkischen Beziehungen zur Europäischen Union und zu einigen großen EU-Mitgliedstaaten. Das türkische Verhältnis zu Europa war stets ambivalent. Es war von der Abwehr fremdstaatlichen Einflusses im Nahen Osten und dem Misstrauen gegenüber europäischen Demokratisierungsbestrebungen in der Türkei selbst genauso geprägt wie von der Vision, in kultureller und zivilisatorischer, aber auch wirtschafts- und sicherheitspolitischer Hinsicht Teil Europas zu werden.

Der Stillstand im EU-Beitrittsprozess und die gleichzeitige Verfestigung der Herrschaft der neuen religiös-sozialkonservativen Elite droht die außen- und sicherheitspolitische *und* die zivilisatorische Vision der Europäisierung der Türkei zu unterhöheln und die von außenpolitischer Konkurrenz, kultureller Fremdheit und innenpolitischem Misstrauen gekennzeichneten »negativen« Dimensionen im Verhältnis zu Europa bestimmend zu machen. Das stärkste nach wie vor verbindende Element und das Korrektiv gegen

eine weitere Verschlechterung der Beziehungen ist der wirtschaftliche und technische Austausch mit Europa. Seine Signifikanz für die Türkei ist nach wie vor groß. Doch auch hier schwindet die Bedeutung der Europäischen Union im Verhältnis zu den neuen aufstrebenden Mächten und zugunsten der Märkte der Region.

Der Konflikt um Zypern, die erneute Versicherheitlichung der türkischen Außenpolitik im Hinblick auf den Iran, den Irak und Syrien sowie die sich abzeichnende Konkurrenz mit Frankreich in Nordafrika sind geeignet, die Beziehungen der Türkei zur Europäischen Union weiter zu verschlechtern. Jedoch bleibt die Türkei besonders im Nahen Osten der regionale Akteur, der Europa am nächsten steht und gleichzeitig den stärksten positiven Einfluss auszuüben in der Lage ist.

Europäische Politik sollte deshalb die Chance ergreifen, die die gelasseneren Haltung der türkischen Führung und Bevölkerung hinsichtlich der Aufnahme ihres Landes in die Europäische Union bietet. Gerade weil die Türkei heute die Mitgliedschaft nicht mehr um jeden Preis anstrebt, sollten die in der Innenpolitik einiger EU-Staaten begründeten Hindernisse für den Fortgang der Beitrittsverhandlungen überwindbar sein. Nichts würde der um sich greifenden kulturalistischen Lesart der eigenen Identität in der Türkei so sehr entgegenwirken wie ein Überdenken der prinzipiellen Ablehnung der türkischen Mitgliedschaft durch Regierungen der EU-Partnerstaaten.

Abkürzungen

AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei)	SİSAV	Siyasi ve Sosyal Araştırmalar Vakfı (Stiftung für politische und soziale Forschung)
AnaP	Anavatan Partisi (Mutterlandspartei)	STRATIM	Stratejik İletişim Merkezi (Zentrum für strategische Kommunikation)
ASAM	Avrasya Stratejik Araştırmalar Merkezi (Strategisches Forschungszentrum Eurasien)	TASAM	Türk Asya Stratejik Araştırmalar Merkezi (Türkisch-Asiatisches Zentrum für strategische Studien)
BIP	Bruttoinlandsprodukt	TDV	Türk Demokrasi Vakfı (Türkische Demokratie-Stiftung)
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei)	TESEV	Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfı (Türkei-Stiftung für ökonomische und wirtschaftliche Studien)
COMCEC	Standing Committee For Economic and Commercial Cooperation of the Organization of Islamic Cooperation (Ständiges Komitee für die Koordination von Wirtschaft und Handel der Organisation der Islamischen Konferenz)	TİKA	Türk İşbirliği ve Koordinasyon Ajansı Başkanlığı (Amt für Entwicklungshilfe)
D8	Developing Eight	TMS	Türk Metal Sendikası (Türkische Metall-Gewerkschaft)
DEİK	Dış Ekonomik İlişkiler Kurulu (Außenwirtschaftsforum)	TOBB	Türkiye Odalar ve Borsalar Birliği (Assoziation der Türkischen Börsen und Handelskammern)
DPD	Dış Politika Dergisi (Zeitschrift für Außenpolitik)	TUSAM	Türkiye Ulusal Güvenlik Stratejileri Merkezi (Türkei-Forschungszentrum für nationale Strategie)
DPE	Dış Politika Enstitüsü (Institut für Außenpolitik)	TÜSES	Türkiye Sosyal Ekonomik Siyasal Araştırmalar Vakfı (Türkei-Stiftung für soziale, ökonomische und politische Studien)
DYP	Doğru Yol Partisi (Partei des rechten Weges)	TÜSİAD	Türk Sanayicileri ve İş Adamları Derneği (Verband türkischer Industrieller und Unternehmer)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	TUSKON	Türkiye İşadamları ve Sanayiciler Konfederasyonu (Dachverband der Unternehmer und Industriellenvereine der Türkei)
HDI	Human Development Index	YÖK	Yükseköğretim Kurulu (Hochschulrat)
IAEA	Internationale Atomenergiebehörde		
IKV	İktisadi Kalkınma Vakfı (Stiftung für Wirtschaftsentwicklung)		
İSDB/UNIW	İslam Dünyası Sivil Toplum Kuruluşları Birliği / Union of NGOs of the Islamic World		
IWF	Internationaler Währungsfonds		
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung		
LDT	Liberal Düşünce Topluluğu (Gesellschaft für liberales Gedankengut)		
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung)		
MİT	Millî İstihbarat Teşkilâtı (Nationaler Geheimdienst)		
MÜSİAD	Müstakil Sanayici ve İş Adamları Derneği (Unabhängiger Industriellen- und Unternehmervverband)		
Nato	North Atlantic Treaty Organization		
NGO	Non-Governmental Organization		
OIC	Organization of the Islamic Conference (Organisation der Islamischen Konferenz)		
PKK	Partiya Karkerên Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans)		
RP	Refah Partisi (Wohlfahrtspartei)		
SAEMK	Stratejik Araştırma ve Etüdler Milli Komitesi (Nationales Komitee für strategische Forschung und Studien)		
SAM	Stratejik Araştırmalar Merkezi (Zentrum für Strategische Forschung)		
SAREM	Stratejik Araştırma ve Etüd Merkez (Zentrum für Strategische Forschung und Studien)		
SDE	Stratejik düşünce Enstitüsü (Institut für Strategisches Denken)		
SETA	Siyaset, Ekonomi ve Toplum Araştırmaları Vakfı (Stiftung für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Studien)		
SHP	Sosyaldemokrat Halk Partisi (Sozialdemokratische Volkspartei)		

Literaturhinweise

Andrea Despot / Dušan Reljić / Günter Seufert

10 Jahre Einsamkeit.

Zur Überbrückung der Pause im Erweiterungsprozess der Europäischen Union sollten dem Westbalkan und der Türkei praktische Integrations-schritte angeboten werden

SWP-Aktuell 23/2012, April 2012

<www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A23_despot_rlc_srt.pdf>

Sascha Albrecht / Walter Posch

Kriegstheater im Persischen Golf.

Völkerrechtliche und militärische Aspekte einer ideologischen Konfrontation zwischen Iran und den USA

SWP-Aktuell 17/2012, März 2012

<www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A17_alr_poc.pdf>

Volker Perthes / Barbara Lippert (Hg.)

Ungeplant ist der Normalfall.

Zehn Situationen, die politische Aufmerksamkeit verdienen

SWP-Studie 32/2011, November 2011

<www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S32_lpt_prt_ks.pdf>

Guido Steinberg

Die neue Kurdenfrage.

Irakisch-Kurdistan und seine Nachbarn

SWP-Studie 12/2011, Mai 2011

<www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S12_sbg_ks.pdf>

Barbara Lippert

EU-Erweiterung.

Vorschläge für die außenpolitische Flankierung einer Beitrittspause

SWP Studie 7/2011, März 2011

<www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S07_lpt_ks.pdf>